

Erscheint täglich außer Montag. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 26 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Gengere, in der Post-Beilags-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 28. November 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Dezember eröffnen wir ein neues Monats-Abonnement auf den

„Vorwärts“

Berliner Volksblatt

mit der illustrierten Sonntagsbeilage

„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungsbedeute, sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,

wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 Mark für das Quartal

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.) Wir ersuchen unsere Postabonnenten höflich, das Abonnement rechtzeitig aufzugeben, damit die regelmäßige Zustellung des Blattes keine Unterbrechung erleidet.

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienene Teil der

Skizzen aus der sozialistischen Bewegung in Russland

auf Verlangen gratis nachgeliefert.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Wofür Geld da ist!

Einen sicheren Wegweiser für die Beurteilung der Wirtschaftszustände des Reiches besitzen wir in der Geschichte der Reichsschulden. Gerade jetzt, da der Steuerquellenfinder und Reichspumpminister Miquel daran gegangen ist, die Steuerkraft des deutschen Volkes auf das Ausgiebigste in Anspruch zu nehmen, ist es von Nutzen, denen, die Mittel für die Reichsausgaben aufzubringen haben, die Verschuldung des Reiches wieder einmal vor Augen zu führen.

Wohin treiben wir? Die Aufgabe einer erleuchteten Finanzpolitik ist es, das Ausmaß der Ausgaben nach dem Werth des Zweckes zu bestimmen. Wie aber steht es bei uns? Das gerade ist der Grundzug der Klassenstaatlichen

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

[18]

Skizzen aus der sozialistischen Bewegung in Russland.

(Aus dem Russischen übersetzt.)

Nach der ihr so sympathischen Thätigkeit im Volke mußte sich Raja entschließen, die Gönner zu bearbeiten: mit ihnen liberale Gespräche zu führen, ihre Neugierde befriedigen, sie überzeugen, sie schelten, ihnen schmeicheln, um sie zu bewegen einige zwanzig Loose von der Lotterie zum Besten der Adiktalen zur Weitervertheilung anzunehmen. Viele Grimassen und lange Gesichter bekam Raja zu sehen bei der Aufforderung an die Gönner, ihre Sympathie durch den Ankauf von Kreditbilleten zu beweisen. Aber wie viel öfter noch begegnete sie Fällen von Furchtsamkeit, die bald lächerlicher, bald aufregender Natur waren.

Zuweilen bemächtigt sich Rajas eine wahre Wuth über diese Gönner, es war ihr so widerwärtig, sie zu besuchen, und diese platonischen Ergüsse ihrer Sympathie anzuhören, daß sie oft in Versuchung gerieth, ihnen ihre wahre Meinung zu sagen und sie nicht mehr aufzusuchen.

Raja scheute jedoch keine Mühe, auch die größte nicht, wenn sie nur für die Sache von Nutzen war. Die Groschen, die die Gönner geben, waren unumgänglich nöthig, folglich muß man sie sammeln, wenn auch mit Widerstreben. Als Raja einmal den ganzen Vormittag in Geschäften herumgelaufen war, erinnerte sie sich eines kranken Sozialisten: er hatte in Geschäften eine Reise unternommen und war unterwegs erkrankt. Er gehörte zu

Politik, daß je unproduktiver, kulturwideriger, gemeinschädlicher und volksfeindlicher die Zwecke sind, um desto gewaltiger der Aufwand ist, der dafür gemacht wird. Kulturaufgaben erscheinen nur als lästiger Ballast, der keiner Beachtung werth ist, der geistige und gesellschaftliche Fortschritt, Volksbildung, Arbeiterkämpfe, Kunst und Wissenschaft, öffentliche Gesundheitspflege haben nicht einer Federfloche Gewicht gegenüber dem Brennschwert, das der unerfähtliche Militarismus in die Waagschale wirft.

Der Appetit kommt beim Essen, und so folgt der ersten Milliarde für Heereszwecke die zweite, dieser die dritte. Einhalt kann nur dann diesem mörderischen Treiben geboten werden, wenn das Volk sich vom Militarismus, das heißt vom Klassenstaat emanzipirt. Die wirklichen Produzenten, das heißt die breite Masse, werden durch die Gut- und Blutsteuer am schärfsten, am meisten getroffen. Und immer riesiger wird die Schuldensumme, die das junge Reich aufhäuft.

Das herrliche Kriegsheer und die stolze Flotte sind es, die am Mark der werththätigen Bevölkerung zehren. Der neue Reichschah-Sekretär, Graf von Posadowsky-Wehner, hat im Auftrage des Reichskanzlers dem Parlament eine Denkschrift über die Ausföhrung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze vorgelegt, deren Angaben die verhängnisvolle Wirkung des stehenden Heeres auf unsere gesammten ökonomischen Zustände in ein helles Licht rücken.

Der Gesamtbetrag der Anleihekredite belief sich nach der Denkschrift vom 22. November 1892, wenn man die im Etatsjahre 1892/93 gemachten Ersparnisse u. s. w. in Abzug bringt, auf

1 756 000 872 M. 83 Pf.

Dazu sind neu hinzugezogen nach dem Reichs-Haushalts-Etat für 1893/94: 152 228 147 M., nach dem Nachtrags-Etat vom 23. Juli 1893: 48 060 694 M., so daß zur Zeit sich die Anleihekredite im Ganzen auf

1 956 280 218 M. 33 Pf.

belaufen. Das sind nahezu Zweitausend Millionen Mark! Davon sind bis Ende Oktober 1893 realisiert worden durch Aufnahme einprozentiger Anleihen 445 705 010,05 M. durch Aufnahme 3/2 prozentiger Anleihen 771 274 260,63 M. durch Aufnahme 3 prozentiger Anleihen 539 614 122,50 M. insgesammt also sind bis zum Oktober 1893 vom Deutschen Reiche

1 803 543 392,68 M.

zu 4, 4 1/2 und 3 pCt. geborgt worden.

Die Verzinsung dieser Reichsschuld erfordert für das Haushaltungsjahr 1894/95, wie der Etatsgesetzentwurf für 1894/95 ergibt, einen Betrag von

71 996 000 M.,

also ungefähr zweihundertsechzig Millionen das Jahr! Aus der Denkschrift über die Anleihegesetze erfahren wir auch näheres über die Verwendung des Reichspumps.

Es wurden bis 1892/93 einschließlich ausgegeben für Rechnung der Gesammtheit aller Bundesstaaten:

1. Heeresverfärtigungen, Steigerung der Operations- und Schlagfertigkeit des Heeres, Truppen-Dislokationen u. s. w., Vervollständigung des Waffen-Materials, Aenderungen der Wehrpflicht u. s. w., zusammen 674 838 995,14 M.
2. Zehorerweiterungs-Bauten 1 517 686,33 "
3. Garnison-einrichtungen in Elsaß-Lothringen 86 863 918,41 "
4. Festungsanlagen 146 502 685,27 "
5. Vervollständigung des deutschen Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesverteidigung 106 858 625,24 "
6. Zu eisernen Vorschüssen für die Verwaltung des Reichsheeres 969 785 111,89 "
7. Marineverwaltung 258 734 901,87 "
8. Für den Nord-Ostsee-Kanal 61 587 002,09 "

Für Rechnung der Bundesstaaten mit Ausschluß von Bayern wurden ausgegeben für

1. Kasernenbauten 100 414 623,01 M.
2. Vermehrung des Schanzengürtels der Infanterie 1 075 692,25 "
3. Erweiterung oder Neuerwerbung von Artilleriegeschießplätzen 1 154 906,38 "

Die riesigen Beträge, die durch Anleihen aufgebracht worden sind, hat Moloch Militarismus direkt oder mittelbar verschlungen. Dazu treten noch die ungeheuren Summen, die Jahr für Jahr durch den Schröpfkops des Zollaufwandsteuer-Systems, das die Besitzlosen am härtesten trifft, dem Volke entzogen und als laufende Einnahmen für Heereszwecke verpulvert werden.

So billig ist der bewaffnete Friede, dieses herrliche Schuttmittel gegen den äußeren und gegen — den inneren Feind.

Für soziale Politik aber, die den gesellschaftlichen Uebeln entgegentritt, ist, wie es in dem alten Burschenliede heißt, „kein Geld in Bänken“.

Herr Miquel aber naht schon mit seinen Blutegeplänen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 27. November.

Aus dem Reichstage. Der erste Tag der Staatsberathung gehört von jeher zu den sogenannten „großen Tagen“ des Reichstags. Entsprechend diesem Herkommen waren heute die Tribünen und die Sitze der Vertreter des Bundesraths vollständig besetzt, die Abgeordnetenreihe dagegen starren in öder Leere.

Eingeleitet wurden die Verhandlungen durch den neuen Staatssekretär der Finanzen. Da es altes Herkommen im Reiche ist, diesen Posten mit einem Manne zu besetzen, der mit dem Finanzwesen möglichst wenig zu thun hatte, so kann es nicht verwundern, daß auch der Graf von Posadowsky

„Nun, wie steht es?“ fragte ihn Raja, ihm die Hand reichend.

„Morgen findet unsere Hochzeit statt und wir reisen dann sofort ab.“

„Bravo! Endlich!“ . . . rief Raja aus.

Sie gingen, sich leise unterhaltend, dem Meeresufer entlang, und niemand, der dem jungen Paare begegnet wäre, hätte ahnen können, daß das Terroristen seien.

In einer Kurve, die die Eisenbahn beschreibt, steht das Stationshaus mit einem kleinen Garten; die Bahn geht auf einer Anhöhe in fast gleicher Höhe mit den Fenstern des Mezzanin an dem Hause vorbei; sie tritt aus einem Walde heraus und verläuft in der Steppe. Hier ist nur ein Haltepunkt fahrender Züge.

Der Stationschef war ein noch junger Mann und ein Protegé des Direktors; er hatte sich vor kurzem in der Stadt verheiratet und kam von da mit einer jungen Frau, ihrem Bruder und einer Köchin zurück. Alle Bediensteten auf der Station gratulirten den Neuerwählten und beneideten sie: so hübsch und sympathisch war die junge Frau. Aber sie beneideten sie umsonst — sie wußten nicht, daß die jungen Leute, trotzdem sie verheiratet waren, wie Bruder und Schwester mit einander lebten, und der Bruder der jungen Frau durchaus nicht ihr Bruder, und die Köchin keine wirkliche Köchin war, sondern daß alle vier Personen nur als Parteigänger zu einander gehörten. Ebenso wenig wußten die Leute, daß von dem Zimmer aus, welches als Schlafzimmer der Neuerwählten galt, in der ersten Nacht der angeblühten Mann und Schwager angefangen hatten, einen unterirdischen Gang zu graben, und daß die Frau und Köchin die ausgestoßene Erde in Körben in den Garten trugen und dort ausschütteten. Niemandem fiel es auf, daß ab und zu aus dem Nachtzuge ein Mann oder eine Frau ausstiegen, sich

dowstl seinen Vorgängern im Amte darin folgt, die Zahlen, welche im Etat bereits aufgeführt sind noch einmal zu wiederholen. Ein Abgeordneter, welcher den Etat genau kennt, hat uns auch bestätigt, daß der Herr Graf alle Zahlen, die er genannt, richtig wiedergegeben hat. Weiter wäre von der Rede des Herrn Staatssekretärs der Reichsfinanzen nichts zu melden.

Der Vertreter des Zentrums begann seine Rede damit, daß er von „glückverheißenden Ausfällen“ in der Kolonialpolitik sprach. Wo dieses Glück steht, vergaß der Herr aber anzuführen. Die armen Afrikaner, welche nebst Weib und Kind zu Tausenden niedergemetzelt und durch elenden Fufelschnaps vergiftet werden, bieten die Illustration zu diesem Glück.

Nachdem Herr Fröhen die „unliebsamen“ Enthaltungen beim Spielerprozeß in Hannover gestreift, das Wachsen der Reichsschulden beklagt und sich gegen eine übermäßige Ausdehnung der Kriegsstärke ausgesprochen hatte, erklärte er die Deckung der Reichsausgaben durch eine einzige direkte Einkommensteuer als Illusion. Die indirekten Steuern müssen also noch wie vor die Haupt-Einnahmequelle des Reiches bleiben, weshalb aber auch am allgemeinen Wahlrecht nicht gerüttelt werden darf. Ueber die neuen Steuern schwieg sich der Herr da noch aus. Ueber diesen Punkt läßt das Zentrum der Regierung das erste Wort beim Jesuitenantrag.

Nach dem Zentrumredner betrat Bebel die Tribüne. Die 1/2-stündige Rede unseres Genossen in einer kurzen Skizze auch nur annähernd gerecht zu würdigen, ist uns unmöglich. Wir zählen die heutige Rede zu den besten rhetorischen Leistungen Bebel's.

Welche Bedeutung dieser Rede beigelegt wurde, dafür spricht am besten die Thatsache, daß nach Schluß derselben sich vier Minister nach einander erhoben, um dagegen zu polemisieren.

Zunächst trat der Herr Kriegsminister in die parlamentarische Arena, um den Versuch zu machen, die Reulenschläge, welche Bebel aus Anlaß der Vorgänge im Hannoverischen Spielerprozeß geführt hatte, zu parieren. Der Herr Minister war gerecht. Was er vorzubringen hatte, hielt sich auf dem Niveau der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, welche in der Spieleraffäre eine Stellung einnahm, welche sogar von der unabhängigen konservativen Presse einstimmig zurückerufen wurde. Die Unterstellung, Bebel habe das gesammte Offizierscorps herabgesetzt, während er ausdrücklich nur von bedenklichen Erscheinungen sprach, beweist nur, wie schwach sich der Herr Minister in seiner Position fühlte. Ganz ins Wasser fiel die hochspürige Erklärung, daß die Leitung der Armee sich selbst genügen werde und der Kritik entzogen könne. So gern wir das letztere glauben, so richtig ist doch auch, daß die Armee mit jedem Jahre zur Kritik mehr herausfordert. Eine Einrichtung aber, die uns so thener zu stehen kommt, wie unsere Armee, die sieht man sich doch auch etwas genauer an. Und ein Vergleichen ist es gerade nicht, wenn man bei diesem Insehen den „ollen ehrlichen Seemann“ in der Gesellschaft von Angehörigen der Armee findet, und zwar solcher Angehöriger, die den Anspruch erheben, sich aus den Kreisen der „Edelsten und Besten“ der Nation zu rekrutieren. Mächtige Schafe giebt es in jeder Herde, darin hat der Herr Kriegsminister Recht. Dies aber zugegeben, dann soll man eben auch nicht von einer besonderen Offizierschere und ähnlichen Dingen reden. Auch hier gilt das Bibelwort vom Selbsterhohen und seinen Folgen.

Bebel hatte den Brief, den Miquel in seinen jungen Jahren an Marx geschrieben hat, erwähnt und der preussische Finanzminister nahm die erste ihm gebotene Gelegenheit wahr, um sich zur Sache zu äußern. Daß er dies in glücklicher Stunde gethan, können wir nicht zugeben. Was uns Herr Dr. Miquel als angeblisches Ergebnis langer und schwerer Studien zum Besten gegeben hat, war doch nichts weiter, als wie Lehrjahre, wie sie die bürgerlichen Ökonomen schon längst niedergeschrieben hatten, ehe Miquel seine Studien begann. Wenn der preussische Finanzminister weiter sonst nichts gelernt hätte, als was er uns heute als Ergebnis seiner Studien und seines Entwicklungsganges vorgeführt hat, er wäre nie Direktor der Diskontobank und sicher nicht der einflussreichste Mann im preussischen Ministerium geworden, der er heute thatsächlich ist. Den Schluß der Ministerreden bildete eine Erklärung des Marineministers gegen Bebel's ausgesprochene Bedenken über die Zweckmäßigkeit der Riesen-Panzerschiffe. Der Streit über diese Kolosse ist so alt wie diese selbst, und Herr von Holtmann ist nicht Autorität genug, um durch eine Kennerung seinerseits —

auch wenn sie noch so schneidig vorgebracht wird — diesen Streit zum Austrag zu bringen. Die Fortsetzung der Verhandlung wurde auf morgen vertagt, nachdem das Zentrum vom Herr Präsidenten noch die Zusage erhielt, daß der Jesuitenantrag direkt im Anschluß an die Staatsberatung zur Verhandlung gelangt.

Ministerkrise. Wir erleben jetzt mehr Ministerkrisen in einem Monat als sonst in einem Jahre. In Deutschland haben wir seit kurzem einen neuen Schatzsekretär und Kriegsminister, in Oesterreich ein neues Ministerium, in Ungarn wackelt der Unterrichtsminister, in Frankreich und in Italien haben die Ministerien ihre Entlassung eingereicht, in Serbien dürfte das Ministerium Dostitsch bald durch ein Ministerium Pafitsch ersetzt werden, in Spanien wackelt das Ministerium Sagasta, und in Rußland sollen die Minister für das Verkehrswesen, die Justiz und den Krieg an ihren Rücktritt denken. Die Wölfer bleiben dabei kühl, sie wünschen bloß überall, daß nicht nur die Minister gehen, sondern daß auch mit dem Systeme kehraus gemacht wird.

Gegen die Weinstener. Der am 8. November 1893 in Leipzig gegründete, aus 252 Vereinen mit 19 320 Mitgliedern bestehende Bund deutscher Gastwirthe hat unterm 15. d. M. folgendes motivirte Gesuch an den Reichstag gerichtet:

Ein hoher Reichstag wolle in Erwägung, daß
1. eine Reichs-Weinstener ohne strenge Kontrolle des Verkaufes, der Geschäftsräume, Keller und Küchen, sowie sonstige erschwerende Bestimmungen ohne Ertrag bleiben wird, und

2. daß diese Kontrollbestimmungen geschäftsschwerend und geschäftshemmend wirken müssen, sowie zahlreiche Wirthe zur gänzlichen Aufgabe des Weinverzapfes veranlassen und so schwer schädigen wird,

3. der Gastwirthbestand der Wälfur und dem Wohlwollen Einzelner, wie auch dem Demunziantenthum unterworfen wird,

die von der hohen Reichsverwaltung projektirte „Reichs-Weinstener“ in jeder Form ablehnen.

„Die Kulturaufgaben leiden nicht.“ Man schreibt der „Volks-Zeitung“:

In Düsseldorf besteht eine Kunstgewerbeschule, für deren Unterhaltung Staat und Stadt zu gleichen Theilen beitragen. Für das Etatsjahr 1894/95 war eine Erhöhung der Kosten zur Unterhaltung der Anstalt um 1190 Mark erforderlich. Die Stadtverordneten-Versammlung bewilligte den auf die Stadt entfallenden Antheil unter der Bedingung, daß der Staat gleichfalls die Hälfte beisteuere. Der Minister für Handel und Gewerbe erklärte aber, daß er die 565 M. nicht anweisen könnte, weil er keine Mittel hätte. Also 565 M. für eine Kunstgewerbeschule, deren Unterhaltung dem Staate vertragmäßig in Gemeinschaft mit der Stadt obliegt, kann der preussische Minister für Handel und Gewerbe nicht aufbringen! Die Düsseldorf'schen Stadtverordneten haben unannehmlich beschlossen, an den Ausgaben so viel wie möglich zu sparen, und das Schulgeld für das Winterhalbjahr von 10 auf 15 M. zu erhöhen. — Für zwei Kasernen, die in Düsseldorf gebaut werden, sind 2 888 000 M. in Aussicht genommen, und der Militär-Etat weist eine ganze Reihe Offizier-Speiseanstalten auf, die gebaut werden sollen. Dafür ist Geld reichlich vorhanden, aber 565 M. für eine Kunstgewerbeschule sind nicht anzuzuteilen!

In einem Bericht des Professors Dr. Julius Leffing über die Weltausstellung in Chicago hieß es in bezug auf die Volksschule in Preußen:

„Hier zeigt sich also die allgemeine Volksbildung nicht nur in der Theorie, sondern in absolut vollkommener Weise durchgeführt.“ Zur Beleuchtung dieser vollen Behauptung des Herrn Professors zitiert die „Pädagogische Zeitung“ aus dem Petersillischen Werke über das niedere Schulwesen Preußens folgende Angaben:

- Anomale Frequenzverhältnisse bestehen und zwar
- 1) 81 bis 100 Schulkinder auf die Klasse in einklassigen, 71 bis 90 Schulkinder auf die Klasse in zwei- und mehrklassigen Schulen 1 809 176 Schüler!!
 - 2) 101 bis 105 Schulkinder (!) auf die Klasse in einklassigen, 91 bis 120 Schulkinder auf die Klasse in zwei- und mehrklassigen Schulen 324 821 Schüler!!
 - 3) über 150 Schulkinder auf die Klasse (!) in einklassigen, über 120 Schulkinder auf die Klasse in zwei- und mehrklassigen Schulen 27 156 Schüler!
- Sa. 1 650 596 Schüler.
- Wegen Ueberfüllung konnten nicht Aufnahme finden 3 299 Schüler.

Der Stations-Gendarm lobte den Stationschef wegen seines „entfesselten Auftretens“, und die Köchin scherzte oft mit dem Gendarmen.

Die Wäine war schon vollendet, als ein Telegramm die Ankunft eines Extrazuges ankündigte, mit welchem der Direktor die Bahn besuchte, um dieselbe vor der Durchreise des Jaren zu revidieren. Mit Ritters und Jagen wurde dieser Zug erwartet. Früh Morgens traf er ein. Der Stationschef empfing ehrerbietig die Revidenten. Der Betriebsdirektor bedachte ihn die Hand, befragte ihn wegen der Wächter und Weichensteller und ordnete an, daß bei der Durchfahrt des kaiserlichen Zuges der Stationschef selbst an der Einlassweiche sich aufhalten sollte. Der Chef der Gendarmerie erteilte dem Gendarmen, dessen Hand förmlich an die Tasche angeschmiebet zu sein schien, irgendwelche Instruktionen, und dieser sagte immer nur: „In Befehl, und so ist es“.

Die ganze Kommission beschäftigte die Schwellen, Schienen und Weichen. Der Stationschef machte die Herren auf eine Schiene aufmerksam, die einen kleinen Riß hatte; sofort wurde angeordnet, dieselbe durch eine andere zu ersetzen.

Darauf stiegen alle wieder in den Zug und der Betriebsdirektor sagte dem Stationschef:

„Sehen Sie nur zu, daß Alles in Ordnung ist, und der Gendarmerie-Oberst dem Gendarmen:

„Halte beide Augen offen.“

Die Lokomotive piff und der Extrazug fuhr fort. Der Stationschef athmete auf und ging in froher Stimmung zu seiner Frau.

„Alles ist in Ordnung,“ sagte er ihr.

Nach der Revision konnten sich die jungen Leute vier Tage lang ausruhen, nach welcher Zeit der Name des vorher vollkommen unbekanntes Haltepunktes und der seiner Bewohner in der ganzen Welt bekannt werden sollte. (Fortsetzung folgt.)

Also ein Drittel sämtlicher Volksschüler müssen in Schulen mit anomalen Frequenzverhältnissen unterrichtet werden! Dazu schreibt Dr. Petersill auf S. 124:

„Hiernach ist es nicht zweifelhaft, daß noch weitere Anstrengungen zur Versorgung aller Kinder mit angemessenen Schulleistungen zu machen sind. Und dies wird mit Nothwendigkeit zu erhöhten Anforderungen an Staatsmitteln drängen. Der bereits hier und da lautgewordene Wunsch nach Einschränkung der Staatsausgaben für die Volksschule ist nicht gerechtfertigt, wenn man die Sprache der oben mitgetheilten Verhältniszahlen hört und versteht. Es bedarf nicht der Erwähnung, daß durch die übermäßige Besetzung der Klassen die unterrichtliche und erzieherische Arbeit an der heranwachsenden Jugend geschädigt, mindestens abgehalten wird.“

Aber: „Die Kulturaufgaben leiden nicht“, werden trotzdem die publizistischen Anwälte des Militarismus sagen. —

Wozu braucht das Reichs-Postamt einen Unterstaatssekretär? Zu dieser Frage (vergl. Nr. 272 des „Vorwärts“ vom 18. d. M.) wird uns noch geschrieben:

Es ist allgemein bekannt, daß Herr v. Stephan für seine Geheimräthe wie ein Vater für seine Kinder sorgt. Wir erinnern nur an seine Neben im Reichstage, wie er die Gleichstellung seiner aus dem Postlebensstande hervorgegangenen Geheimräthe mit den Regierungsräthen, Ministerialdirektoren etc. verlangte und durchsetzte. Wie Herr v. Stephan für die Postunterbeamten sorgt, das beweisen die vielen Gerichtsverhandlungen gegen ungetreue Postbeamte. Weniger bekannt dürfte jedoch sein, um wie viel besser sich die höheren Reichs-Postbeamten im Vergleich zu den höheren bayrischen Postbeamten stehen. Wir lassen deshalb eine Zusammenstellung folgen, die durch die „Deutschen Postzeitung“, Organ des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenassistenten, entnommen haben, und aus welcher der gewaltige Befoldungsunterschied hervorgeht:

Befoldungs-Status der Beamten und Statutsmäßigen Bediensteten bei den königlichen bayerischen Verkehrsanstalten.

I. Pragmatische Beamte (Status A). Auszug aus dem Gehalts-Regulativ für die pragmatischen Staatsdiener im Ressort des königlichen Staatsministeriums, des königlichen Hauses und des Außen vom 11. Juni 1892.

Vortrag der Beamten-Kategorien.	Gehalt:					
	in den ersten 10 Jahren	von 11 bis 15 Jahren	von 16 bis 20 Jahren	von 21 bis 25 Jahren	von 26 bis 30 Jahren	von 31 Jahren und darüber
Der Generaldirektor der Staats-Eisenbahnen . . .	12 000	—	—	—	—	720
Die Direktoren bei der Generaldirektion der Staats-Eisenbahnen, der Vorstand der Direktion der Posten und Telegraphen . . .	7020	7380	7740	8100	180	720
Die Ober-Regierungsräthe bei der Generaldirektion der Staats-Eisenbahnen . . .	6120	6480	6840	7200	180	540
Die Räte bei der Generaldirektion der Staats-Eisenbahnen, Ober-Postämter, Ober-Bahnämter, Ober-Postämter-Vorstände, Zentral-Kassierer . . .	5280	5640	6000	6360	180	540
Die Oberinspektoren bei der Generaldirektion der Staats-Eisenbahnen, Ober-Postinspektoren, Oberingenieure, Ober-Maschinenmeister . . .	4920	5280	5640	6000	180	540
Die Assessoren bei der Generaldirektion der Staats-Eisenbahnen, Ober-Postassessoren, Inspektoren, Zentral-Kassa-Kontrolloren, Postmeister, Bezirks-Kassierer, Bezirks-Ingenieure, Bezirks-Maschinenmeister, der Vorstand des Verlagsamtes für Post- und Gebührenmarken . . .	4080	4440	4800	5160	180	420

Demgegenüber vergleiche man die Gehälter der höheren Reichs-Postbeamten laut Postetat:

A. Zentralverwaltung.

Titel 1. Der Staatssekretär 24 000 M.

Kuherdem freie Dienstwohnung.

Titel 2. 8 Direktoren mit je 15 000 M. (Wohnungsgeld-Zuschuß I 2 des Tarifs); 16 vortragende Räte von 7500 bis 9900 M., im Durchschnitt 8700 M., außerdem für 3 vortragende Räte für Wahrnehmung der Geschäfte eines Abtheilungsdirigenten je 900 M. Zulage (Wohnungsgeld-Zuschuß II 2 des Tarifs); 5 ständige Hilfsarbeiter von 5400—6000 M., im Durchschnitt 5700 M.; 2 Ober-Telegrapheningenieure von 5400—6000 M., im Durchschnitt 5700 M. (Wohnungsgeld-Zuschuß III 2 des Tarifs).

B. Betriebsverwaltung.

Titel 17. 40 Ober-Postdirektoren, und zwar 39 von 7000—9000 M., im Durchschnitt 8000 M., und einer in Berlin mit 9000 M. und einer nicht pensionsfähigen Zulage von 1500 M. (Wohnungsgeld-Zuschuß II 2 des Tarifs); 135 Ober-Posträthe und Posträthe und 18 Post-Bauräthe von 4200 bis 6000 M., im Durchschnitt 5100 M.

An Wohnungsgeld-Zuschuß beziehen:

- a. Die Direktoren im Reichs-Postamt je 1500 M.
- b. Die vortragenden Räte je 1200 M.
- c. Die Posträthe je 900 M.

Nun wird noch eine Unterstaatssekretärstelle für das Reichs-Postamt mit einem Gehalt von 15 000—20 000 M. verlangt! Dazu scheint Geld vorhanden zu sein. Aber wenn es sich um die Erhöhung der Unterbeamten-Gehälter handelt, dann spricht Herr von Stephan von ungenügender Finanzlage, großem Angebot von Arbeitskräften, Mangel an innerer Zufriedenheit bei den Unterbeamten u. s. w. Auch im nächsten Etatsjahre sollen wieder laut Postetat (Titel 21) 120 Postsekretärstellen in Assistentenstellen umgewandelt und der erhebliche Unterschied der Gehälter als erspart verrechnet werden. So nur immer weiter! Die Früchte erntet die Sozialdemokratie. —

Die Uebertreibung der Sonntagsruhe. Die „Pöfische Zeitung“ läßt wieder einmal eine Philippika gegen die Sonntagsruhe los aus Anlaß einer Verfügung des Polizeipräsidenten für Berlin, monach an den sogenannten „goldenen Sonntagen“ die Geschäfte nicht länger als bis um 6 und am letzten Sonntag bis 7 Uhr Abends ihre Ver-

mit dem Stationschef begrüßten und ihm irgend was sagten. Nach einigen Tagen kam mit der Bahn ein großer Koffer für den Stationschef an, und die junge Frau, diesen erblickend, rief laut aus:

„Ah, endlich hat man mir meine Aussteuer geschickt!“

Am Tage arbeitete der angebliche Schwager Raja's, sie selbst verbrachte den Tag mit einer Stiderei in der Hand, an einem Halbseufzer, von wo aus sie schon aus weiter Entfernung jeden, der sich der Station näherte, erblicken konnte.

Niemand auf der Station ahnte, welche aufregende Zeit die vier jungen Leute im Verlaufe von sechs Wochen durchlebten. Sie hatten stets ein frohes Aussehen, waren aber trotzdem stets in Aufregung und besorgt, daß irgend ein unvorhergesehener, böser Unfall ihre ganze Arbeit zu nichte machen könnte. Sie waren stets auf der Wache, und ihre Nerven waren bis auf das Allerbeste angepannt. Jeder vorbeifahrende Zug ängstigte sie.

Eines Tages, als ein Passagier auf der Station eintraf und seinerwegen der Zug halten mußte, stieg auch ein Gendarmereioffizier aus. Bei diesem Anblick stand Raja, die am Fenster saß, das Herz still; auch der Stationschef erschrak sehr.

„Sollte Alles verrathen sein?“ dachte Raja und beobachtete, ob der Gendarm nicht die Treppe zu ihrer Wohnung hinaufsteigen würde. Aber dieser war nur ausgestiegen, und trampelt herum, um sich die Füße zu erwärmen, und bei dem zweiten Glockenschlage stieg er eiligst wieder ein.

Ein anderes Mal grüßte der Telegraphist Raja, die mit ihrer ewigen Stiderei in der Hand am Fenster saß, und sagte zu ihr:

„Wie fleißig Sie arbeiten.“

Diese unschuldige Phrase bennrührigte Alle im höchsten Grade; da der Telegraphist oft in den Nächten bei Mondenschein spazieren ging, so befürchteten sie, daß er irgend was bemerkt haben könnte.

kaufzeit ausdehnen dürfen. Nicht nur vermag das Blatt von einer vermeintlichen Schädigung der Geschäftsleute zu reden, es weiß auch von einer solchen bei den im Handelsgewerbe Angelegten zu erzählen. In väterlicher Fürsorglichkeit erwahrt sie: Seht, wenn ihr recht folgsam seid, recht tüchtig arbeitet, bekommt ihr auch, weil euer Chef dann recht viel verdient, etwas zu Weihnachten. Äpfel, Nüsse und Pfefferkuchen und was der schönen Sachen noch mehr sind. Damit ist es nun aber aus, denn mit der vermeintlichen Sonntagsruhe wird's noch soweit getrieben, daß auch all diese Wohlthaten verloren gehen, denn ohne 15 bis 16 Stunden Arbeit könnt ihr nichts zu Weihnachten bekommen, weil eure Chefs nichts verdienen.

Ob denn nun die Angestellten im Handelsgewerbe zur Einsicht kommen werden, welche schwere Verantwortung sie auf sich geladen haben durch das fortwährende Drängen nach Sonntagsruhe? Die Legende vom Weihnachtsmann für große Kinder ist ja ganz schön. Leider sind aber die Arbeiter aus den Kinderschuhen einer solchen Auffassung heranz. Nicht für Almosen wollen sie arbeiten, nicht demütig für Hingabe ihrer ganzen Kräfte, in übermenschlicher Weise während der Wochen vor dem Feste angestrengt werden, ein kleines großmütig gewährtes Geschenk empfangen. Bezahlung fordern sie für ihre Arbeit und nicht Almosen. Das, was sie hier und da in Form von Almosen als Weihnachtspräsent erhalten, kann in den meisten Fällen auch nicht annähernd als eine Bezahlung der bis in die späte Nacht ausgedehnten Arbeitszeit an den Arbeitstagen gelten.

Verlorene Liebesmüh. Die Leibkassen des Ex-Ministerpräsidenten belästigen seit einigen Tagen das Publikum mit mehr oder weniger romantisch verblödeten Details über Abschiebung ihres Chefs im März 1890. Wozu das? Wollen sie beweisen, daß ihrem „Chef“ ein Unrecht geschehen sei? Dann hätten sie demselben vor 3 1/2 Jahren den Mund stopfen müssen. Wenn alles, was er seitdem getan und gesagt hat, beweist, daß er abgeschoben worden mußte. Also verschone man uns mit diesen gleichgültigen Dingen. Er ist tot und begraben — und damit gut.

Die Zukunftsstaats-Debatte in der französischen Kammer ist zwar noch nicht beendet, — solche Debatten, in denen die Bourgeoisie, in Ermanglung von Thatsachen, auf Nebelgebilde und inhaltslose Phrasen sich angewiesen sieht, ziehen sich naturgemäß in die Länge und kommen eigentlich niemals zu Ende — aber, gleich dem deutschen Vorbild, hat sie zudem vollständigen Sieg der Sozialisten und zur geistigen Bankrotterklärung der Bourgeoisie geführt. Von den „geistigen Waffen“ sollten unsere Feinde die Finger weglassen — kämpfen sie doch gegen den Geist, und die meisten sogar gegen die eigene Ueberzeugung. Die näheren Einzelheiten findet der Leser in unserem Pariser Briefe, wir wollen bloß noch bemerken, daß der französische Korrespondent der erst kapitalistischen „Frankfurter Zeitung“ die Niederlage des Herrn Dupuy bejätigt und das Urtheil eines von ihm interviewten konservativen Abgeordneten in die Worte zusammenfaßt: die gegenwärtige Legislatur steht im Zeichen des Sozialismus.

Western noch auf stolzen Rossen — heute zwar noch nicht im kühlen Grab, aber doch auf dem Bauch — liegt Herr Dupuy, der Sozialistendöner, am Boden. Das geschehene Loos aller Sozialistendöner hat ihn ereilt, wie wir voraussetzten, nur etwas schneller, als wir erwarteten. Die Todten reiten schnell — und in Frankreich ganz besonders schnell. Wer ihm folgen wird? Ob er, nachdem er sich einigen Kollegen-Balkasits entledigt, das Aufstehen und die Auferstehung versuchen wird — es ist gleichgültig. Todt ist tot.

Giolitti hat noch keinen Nachfolger und wird auch sobald keinen finden. Wer kann Lust haben, in diese Galere zu steigen? Herr Crispi, der etwas Hautout (Hochgeruch) vertragen kann, wäre wohl bereit, die bitter-süße Last zu übernehmen, von wegen dessen, was dabei abfallen kann, aber zwischen ihm und der Galere liegt ein kleines Bankwechselchen im Betrage von 244 000 Franken aus dem Jahre 1897 und über dieses Stückchen Papier kann der italienische Bismarck, trotz seines ausgezeichneten Gewissens, so wenig hinweg wie die Derge über den Drudenfuß.

Zum italienischen Bankskandal. Aus Rom wird telegraphirt:

Heute wurde eine Beilage zu dem Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission in der Bankangelegenheit veröffentlicht. Diese Beilage verzeichnet die nichtleidenden Effekten und Prolongationen zu gunsten einiger gewissen und gegenwärtigen Deputirten. Die Deputirten erklären durchweg, daß es sich um Privatangelegenheiten handele und geben eingehende rechtfertigende Aufschlüsse. Insbesondere gilt dies von Menotti und Ricotti Garibaldi in Betreff von nichtleidenden Effekten, von Crispi, dem Unterstaatssekretär San Giuliano und dem Minister Martini in Betreff von Prolongation.

In einer Konferenz des Bureau des Senates wurde die Ernennung einer Kommission von 5 Mitgliedern beschlossen, welche beauftragt wird, in den Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission in der Bankangelegenheit Einsicht zu nehmen und diejenigen Senatoren, welche im Besitz von nichtleidenden Effekten wären, zu befragen, um sodann der Senate geeignete Verfügungen vorzuschlagen.

Ueber die Stimmung in Rom giebt die folgende Depesche Aufschluß:

Rom, 26. November. Heute Abend 6 Uhr versammelten sich etwa 100 dem Arbeiterstande angehörige Manifestanten vor dem Palais der Deputirtenkammer und versuchten unter der Aufsicht: „Nieder mit den Tischen, nieder mit den Waffentüchern!“ in das Palais einzudringen. Die Polizei zerstreute die Menge und nahm einige Verhaftungen vor. Die Manifestanten verließen sodann nochmals, vor dem Telegraphenamt sich zu sammeln, wurden jedoch auseinander getrieben.

Des dicken Milan's Selbstaktivitäten. Der Belgischer Berichterstatter der „Köln. Zeitung“ theilt mit, König Milan's Geldmittel seien abnormals erschöpft. Seit seiner Abdankung habe er 8 1/2 Millionen verbraucht, so daß bei seiner vollständigen Mittellosigkeit und Verschuldung die rabulischen Kreise befürchten, Milan werde abnormals einen Umsturz wagen; um so mehr, als sich jetzt erst herausstellt, daß Milan kurz vor dem jüngsten Staatsstreich die Regenten aufforderte, sie möchten ihre Würden in seine Hände zurückgeben. Allerlei unheimliche Gerüchte durchschwirren die Luft. u. a. auch, daß Milan dem Könige angethan habe, die Verfassung zu suspendiren.

Aus Afrika. Dem „Neuer'schen Bureau“ wird aus Bulumayo vom 20. d. M. gemeldet, die Verfolgung Lobengula's scheine schwieriger, als man vermuthet habe. Man müsse eine Proviantkolonne zur Unterstützung der auf der Verfolgung befindlichen Truppen nachsenden.

Der skandalöse Krieg gegen die Matabele scheint demnach noch nicht beendet zu sein. Doch das wird den englischen Goldsuchern in Südafrika gleich sein. Lobengula ist ihnen gleichgültig, wenn er nur von seinem Gebiete aus Kosten der englischen Regierung vertrieben ist, damit man ungehindert den unerfättlichen Durst nach Gold stillen kann.

Die Brüsseler Abendblätter verzeichnen unter aller Reserve das Gerücht, die Expedition auf dem oberen Nil, die früher unter dem Befehl des verstorbenen von Kerhove gestanden, hätte einen Theil ihres Bestandes in den Kämpfen mit den Arabern auf dem Rückwege nach dem Kongo verloren.

Demnach scheinen die Belgier die kolonialpolitischen Spielereien ihres Königs sehr theuer bezahlen zu müssen.

In unserem letzten sich mit der deutschen Kolonialpolitik befassenden Artikel wurde dreimal der Name Manjema falsch gedruckt, was hiermit beichtigt wird.

Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgende neue Anträge eingebracht:
Gesetz, betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten.
Einziger Artikel.

Der Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reiches erhält folgenden Zusatz:
In jedem Bundesstaat muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über zwanzig Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Bundesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts-Etats erforderlich.

Gesetz, betreffend das Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Koalition.

§ 1.
Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, sich zu versammeln.
Zur Veranstaltung und Abhaltung von Versammlungen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde, noch einer Erlaubnis durch eine Behörde. Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, sind spätestens sechs Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Einberufer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde anzuzeigen.

§ 2.
Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, Vereine zu bilden.

§ 3.
Alle den vorstehenden Bestimmungen widersprechenden Gesetze und Verordnungen einschließlich derer, welche die Verabredung und Vereinigung zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, untersagen oder unter Strafe stellen, sind aufgehoben.

§ 4.
Wer die Ausübung der in vorstehenden Paragraphen gewährtesten Rechte hindert oder zu hindern versucht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt.

§ 5.
Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Einem Antrag auf Strafenlassung Ahlwardt's haben Dr. Bödel und mehrere antisemitische und sozialdemokratische Reichstags-Abgeordnete eingebracht. Derselbe lautet: „Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichstagsler zu ersuchen, sich zu veranlassen, daß der augenblicklich im Gefängnis zu Wismar seine Strafe verbüßende Abgeordnete Ahlwardt während der Dauer der gegenwärtigen Session des Reichstages in Freiheit gesetzt werde, damit er, wie es seine Pflicht ist, bei den wichtigsten Verhandlungen des Reichstages anwesend sein kann.“

Nach der neuesten Fraktionsliste des Reichstages zählt die Fraktion der Deutschkonservativen 59 Mitglieder und 8 Hospitanten; die Reichspartei 24 Mitglieder und 4 Hospitanten; die Deutsche Reformpartei 11 Mitglieder und 1 Hospitanten; das Centrum 95 Mitglieder und 4 Hospitanten; die Fraktion der Polen 19 Mitglieder, die der Nationalliberalen 45 Mitglieder und 8 Hospitanten; die Freisinnige Vereinigung 13 Mitglieder; die Freisinnige Volkspartei 21 Mitglieder und 2 Hospitanten; die sächsische Volkspartei 11 Mitglieder; die Fraktion der Sozialdemokraten 44 Mitglieder. Keiner Fraktion gehören, außer 6 Elsaß-Lothringern, 19 Mitglieder an.

Parteinachrichten.

Der sozialdemokratische Provinzial-Parteitag für Schlesien und Posen findet am 31. Dezember 1898 und am 1. Januar 1899 in Danzau statt.

Als provisorische Tagesordnung sind von uns folgende Punkte festgesetzt worden:

1. Rechnungs- und Agitationsbericht. Berichterstatter: Genosse Langner.
2. Bericht über die Reichstagswahlen, mit Berücksichtigung der Taktik unserer Gegner. Berichterstatter: Genosse Stolpe, Grünberg.
3. Berichterstattung vom internationalen Arbeiterkongress in Zürich. Berichterstatter: Genosse Stolpe.
4. Bericht der Preßkommission der „Volkswacht“. Berichterstatter: Genosse Vergmann.
5. Bericht der Preßkommission des „Proletarier“. Berichterstatter wird noch bekannt gegeben.

In Langenberg (Thüringen) haben unsere Genossen bei den Ergänzungswahlen zum Gemeinderath sämtliche 6 Sitze erobert.

Genosse Jean Martin, früherer Redakteur der Elsaß-Lothringischen Volkzeitung, giebt in dieser eine Erklärung ab, die wir, um auch ihn im „Vorwärts“ zu Wort kommen zu lassen, hier unverfälscht wiedergeben:

Soeben finde ich in einem Nülhauser Blatte, und zwar in einer Notiz betreffend meinen Weggang, folgende Auslassung des „Vorwärts“:
„Wir haben zu dem Vorstehenden (zur Meldung über die Verhaftung Bueb's) zu bemerken, daß die Flucht Martin's, die ohne Zweifel zur Verhaftung Bueb's geführt hat, den schärfsten Tadel verdient. Wir erinnern an den Beschluß des St. Gallener Kongresses, der jede derartige Ausbreiheri brandmarkte.“
So, da wäre ich denn gezeichnet! Den „Vorwärts“ möchte ich aber doch daran erinnern, daß Bueb schon zweimal ver-

haftet wurde wegen Fluchtverdachts, und zwar ohne daß ich vorher „ausgerissen“ wäre. Da die Behörde, welche die letzte Verhaftung anordnete, nach dieselbe ist wie früher, so dürfte das „Ohne Zweifel“ des „Vorwärts“ — in Betreff des inneren Zusammenhangs der Verhaftung Bueb's mit meinem Weggang — doch einige Einschränkung verdienen. An dieser Verhaftung wird übrigens derjenige nichts Sonderbares mehr finden, der die „Schneidigkeit“ der Nülhauser Staatsanwaltschaft kennt und weiß, daß Bueb einer Aufforderung zum Strafantritt nicht sofort gefolgt ist. Weshalb bin ich da zum Karndel?

Nun zu meiner „Ausbreiheri“. Als ich das Bildet für Basel löste, da schmeichelte ich mir mit der Hoffnung, meine Parteigenossen würden dem Hinweis auf die mangelhafte Gesundheit Glauben schenken und meine Handlungsweise entschuldigen; ich hätte besser gethan, ein Attest des Spezialarztes zu publiziren, der mich längere Zeit wegen des Zustandes meiner Nerven in Behandlung hatte, um mir schließlich zur Wiederherstellung einige Monate Rizza anzurathen. Freilich, das Nülhauser Parteivorgan erkannte an, daß durch die langen Qualen der Strafhast meine schon ohnehin angegriffene Gesundheit noch weiter, wahrhaftig sogar dauernd, geschädigt worden wäre; aber diese Wahrscheinlichkeit einer dauernden Schädigung der Gesundheit hinderte das Blatt nicht, eine rückfällige Nichterfüllung bis ans Ende zu verlangen. Auf denselben Boden stellt sich in obiger Notiz der „Vorwärts“.

Wohlan, was mir vor einigen Wochen nicht möglich war, kann ich heute: den Jahr Zellenaufenthalt ins Gesicht sehen. Noch einige Tage der Erholung — die ich, wie die bisherigen, außerhalb der schwarz-weiß-rothen Grenzspähle mir nehmen muß, wenn ich nicht eine behördliche Weigerung riskiren will — und ich lehre zurück. Den „Ausbreiher“ bringe ich mit zurück über die Grenze. Er wird vielleicht dem Einen oder Anderen da drüben besser sitzen als mir.

Es war keinen Augenblick meine Absicht, der Fahne Salet zu folgen, der ich bisher gedient. Wenn im Gefühle Verurtheilungen die Geduld mir rix und weim, unter dem Einfluß einer durch momentane Unpäßlichkeit gesteigerten nervösen Erregung, in mir der Entschluß reifte, den Ort meiner Thätigkeit ins Ausland zu verlegen, so war dies keine Fahnenflucht und auch keine „Ausbreiheri“ im gewöhnlichen Sinne. Es ist mir unangenehm, dies gerade für die Partei-Organe hier sagen zu müssen; denn die gegnerischen Organe waren nicht so einmüthig in der Verurtheilung meines Schrittes.
Paris, 20. November 1898.

Jean Martin.

Wir können nach Durchlesung des Vorstehenden nicht finden, daß unser Urtheil über die Flucht Martin's unbegründet oder unbedachtigt war. Gatte er die Absicht zurückzulehren, so müßte er die Genossen und auch die Behörden davon in Kenntniß setzen. Und lehrt er zurück, so macht er nur einen begangenen Fehler wieder gut.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Zu der Angelegenheit des Herrn Pastor Schall geht der „Magdeburger Volksstimme“ folgende Erklärung unseres Genossen W u r m zu:

Nach dem Bericht in der „Volksstimme“ hat Herr Pastor Schall gesagt:

„Dann trat ich hier in Magdeburg auf. Ich nahm kein Wort von meinen wirtschaftlichen Anschauungen zurück, aber ich sprach gegen die wüste Himmelsflümmerei und warf dabei auch ein kleines Streiflicht auf die Juden, nicht anders, als wie es auch Bebel in Köln gethan, und da schrieit Sturm in Hannover: Hütet Euch vor diesen Phrasen, hoffentlich werden keine Sozialdemokraten mehr so dumm sein, daß sie den Pastor Schall einladen. (Der letzte Satz ist nicht wörtlich von Pastor Schall gesprochen, wohl aber dem Sinne nach. D. Red. d. „Volksst.“)

Demgegenüber verweise ich einfach auf das, was ich im „Volkswillen“ Nr. 284 über das erste Auftreten Schall's in Magdeburg schrieb:

Pastor Schall aus Bardorf in Braunschweig war vom Allgemeinen Arbeiterverein in Magdeburg zu einem Vortrage eingeladen, den er auch am 2. November vor einer dichtgedrängten Zuhörerschaft hielt. Er betonte sehr nachdrücklich seinen gläubigen, orthodoxen Standpunkt und sprach viel von den Sympathien, die er dem Volke entgegenbringe. — Sein Auftreten in Magdeburg hat aber unsere Meinung über ihn sehr geändert. In seiner Rede bekannte er sich zu kollektivistischen Anschauungen, lagte aber darüber, daß die Sozialdemokratie das Christenthum bekämpfte, sprach von einer großen patriotischen Partei, die begründet werden müsse und zeigte dabei, daß er vom Klassenkampf, von dieser notwendigen Grundlage alles Vorwärtsschreitens der Arbeiterbewegung, nichts wissen will. Zum Schluß brachte er ein Hoch auf den „Deutschen Kaiser Wilhelm den Ersten“ aus! Wie der „Vorwärts“ zu melden weiß, sind dabei einige Genossen sitzen geblieben. Die Polizei notirte die Genossen! Ein Aufforderung, vor Arbeitern zu sprechen, wird Pastor Schall nun hoffentlich nicht mehr erhalten. Wir haben uns gewiß bemüht, dem Pastor Schall gerecht zu werden und das Gute aus seinen Darlegungen herauszuschälen. Der Vorgang in Magdeburg zeigt uns aber, daß Pastor Schall nicht konsequent vorgeht und nicht diejenige Rücksicht gegen die sozialdemokratischen Arbeiter übt, die diese gegen ihn üben. Wenn die Magdeburger Arbeiter dem Pastor Schall die Möglichkeit gaben, mehr Zuhörer zu finden, als er und seine Kollegen sonst in der Kirche haben, dann müßte er auch diejenige Rücksicht walten, die ihm Ort und Zeit auferlegten. Pastor Schall mußte wissen, daß sein Hoch keinen Widerhall bei den Arbeitern findet. Zum Glück kann der Staatsanwalt die Genossen, die bei dem Hoch sitzen blieben, nicht fassen, da man bei einem Hoch auf einen verstorbenen Kaiser nicht aufzustehen braucht. Pastor Schall hat sich aber mit diesem Hoch in Arbeiterversammlungen unmöglich gemacht und wird den Willenswillen, den so viele Arbeiter gegen jeden Pastor haben, auch gegen kollektivistische, nur verstärken!

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Zu 3 Monaten Gefängnis wurde Genosse Trogitz, Redakteur des „Sächsischen Volksblattes“ verurtheilt, weil er den Waisenhausvater Koppe in Reichenbach beleidigt haben sollte.

Briefkasten der Redaktion.

Klüber. Den Lohn muß der Arbeiter bei dem Amtsgericht des Bezirks, in dem die Gesellschaft liegt, einklagen.
G. in K. 1. Arbeitgeber darf die Klassenbeiträge nur für die Dauer von 2 Lohnzahlungsperioden abziehen. 2. Arbeitgeber ist strafbar. Die Anzeige ist an die Staatsanwaltschaft zu richten.

J. H. R. Das hängt vom Inhalt des uns unbekanntes Vertrags ab.

Kochen. Da müssen Sie bei der betreffenden Marinebehörde anfragen.

L. L. Ja. ist steuerlos, da es keinen Gewerbebetrieb darstellt.

Roabit 1000. Wenn nicht der Staatsanwalt, sondern nur der Angeklagte Verurteilung oder Revision einlegt, so kann nicht auf eine höhere Strafe erkannt werden.
Kelbra Aufhäuser. Lassen Sie es auf die Klage ankommen, der Magistrat ist im Unrecht.

Einer für Viele und Andere. Bitte, wegen der Klagen über Irrenanstalten gegen 1 Uhr vorzusprechen; Ihr Name wird nicht genannt werden.

G. H. Sie brauchen sich nicht weiter zu versichern; auch ist nicht dazu zu rathen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 28. November. Opernhaus. Die Amerikanerin. Schauspielhaus. Die Ahrenschooper. Hannele. Deutsches Theater. Der Talisman. Berliner Theater. Jenseits von Gut und Böse. Festung-Theater. Der Andere. Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Vogelhändler. Residenz-Theater. Die Dragoner. Wallner-Theater. High-life-Vorstellung. Neues Theater. Jugend. Central-Theater. Die eiserne Jungfrau. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi. Viktoria-Theater. Die sieben Raben. Alexanderplatz-Theater. Die Königstochter als Bettlerin. National-Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Vorher: König Winter. Theater Unter den Linden. Nitado. Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 192. Doppel-Vorstellung zu ermäßig. Preisen. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.

Große Ausstattungspoffe mit Gesang und Tanz in 5 Akten v. Eugen Brudens. Musik von Adolf Wiedede. Koupelst. von Lindner. — Regie: Max Samst. Vorher:

König Winter.

Weihnachtsmärchen mit Gesang und Ballet in 2 Bildern von Dr. M. Heinsl. Musik von Ferdinand Bauer. Regie: G. Hummel. Kaffeneröffnung 8 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Donnerstag, den 30. November: Zum 1. Male: Der Schlosser. Volkst. in 6 Akten von Franz Gottschied.

Wallner-Theater.

Nur noch wenige Tage Gastspiel-Cyclus des

Eden-Theater.

Größtes phant. & olissement der Welt. Heute, Dienstag 7 1/2 Uhr: High-life-Vorstellung. Auftreten des hervorragendsten Sensations-Zaubereis der Gegenwart Direktor B. Schenk. Die blühenden Cameliendäume. — Die Mohrenwäsche. — Sie-Bad in der Luft. Die Teufels-Druckerei. Kama Sutra-Wunder. — Auto-kate oder: Das dunkle Geheimnis. Der schwebende Kopf. — Eine Reise durch das Unmögliche, großartigste Potpourri. Die räthselhafte Luftwandlerin Miss Edith, genannt: A dark Secret. Im Reich der Schatten, hochkomische Spezialität. Prof. Schalkenbach's weltberühmtes Geister-Concert. Einzig in seiner Art existirend. Fata morgana. Luftspiegelungen pracht. Weltscenerien. Ein Tag auf dem Monde. Der Traum der Jungfrau. (Musik von Humbert.) Die Metamorphose im Bagno. Der Diamanten-Palast. Hydraulische Feuer in märchenhafter Ausstattung. Gigantio fairy-fountains. Galerie lebender Bilder von 30 Damen, u. a. das Pracht-Tableau: Wasserfälle, Stürze, Delorat. Transformationen. Die Amazonenschlacht. Mittwoch, den 29. November, Nachmittags 4 Uhr nur diese eine Separat-Familien-, Schüler- und Kinder-Vorstellung. Ganz herabgesetzte Eintrittspreise für Erwachsene und Kinder.

Louisenstädt. Klubhaus.

Annenstraße 16. Saal zu Versammlungen und Vergnügen sowie Vereinszimmer empfiehlt L. Ehrenberg.

Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante.

Schwant in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: Die Bajazzi. Parodistische Poffe mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benno Jacobson. In Szene geföhrt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété

Stadtbahn-Station Alexanderplatz. Täglich: Grosse Spezialitäten - Vorstellung von nur Künstlern I. Ranges: Bernhard Leitner, Athlet-Kraft-Produkt m. 2 Pferden. Sbarglap, indisch. Jongleur. Brother Barotti, Kopf auf Kopf. Equilibristen. Den Cordes, Gesangs-Humoristen. Mr. Edgar Jones, musik. Clown. Emmy Hoffmann's Flora-Truppe, 6 Damen. Clara Birkholz, Koffim-Soubrette. Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr. Wochentags 50 Pf. A. Zimmermann.

American-Theater.

Neu! Zwerchfellerschütternd! Neu! Die Gründung Roms in der Höderstraße, oder: Die Rache des Gänserichs. Hochkom. Burleske von Oscar Wagner. Parodie! Ulk! Humor! Auftr. sämtl. Spezialitäten. Anf. Woch. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 1/2 Uhr.

Böhmisches Brauhaus.

Landberger Allee. Dienstag, den 28. November cr.: Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf. Amüsantes Programm. Unter anderem: Britton in „O diese Weiber!“ Moysel als „Eine geknickte Lilie“. Bliemchen als Heimgins Regenwurm. Steidl als „Sänger Trillerini“. Donnerstag: Solree in Sanssouci.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 Annenstr. 42/43 Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Francis Era am asiatisch. Lustapparat. Arthur Valeno, der 14-jährige Wunderknabe. Im vierten Stod. Charakterbild in 1 Akt. Entrée: Wochentags 15 Pf. R. Winkler.

Präuser's MUSEUM

anatomisches Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße darunter der Schußkanal der Augen des deutschen Militärs, fünf Körper gehend durch geöffnet von früh 9—10 Uhr Abends für erwachsene Herren. Dienstag u. Freitag: Damentag. Entrée 50 Pfg.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz. Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von Vahnhof Lagerbier, hell und dunkel. An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entrée 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entrée 25 Pf., hat. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Castan's Panopticum.

Dhne Extra-Entrée. Die 17-jährige Siamesin „Krao“ der Uebergang vom Affen zum Menschen.

Central-Theater.

Mitte Jakobstraße 30. Zum 20. Male: Die eiserne Jungfrau. Poffe mit Gesang in 3 Akten von Charles Clairville. Musik von Louis Barnay. Anfang: 7 1/2 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Passage-Panopticum.

50 Pf. incl. Theater.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79. Best. u. größt. Stadtkaff. Beck. Neues Programm. Täglich von 6 1/2 Uhr ab: Concert d. ungarisch. Magnaten-Kapelle und Auftreten von Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges. Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entrée 15 Pf. referiert 30 Pf. Anf. Sonntags 6 Uhr. Entrée 30 Pf. referiert 50 Pf. Anerkannt gute Küche. Säle für Festlichkeiten u. Versammlungen. 3 Kegelbahnen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf. Spieler zahlen kein Entrée. Carl Koch.

Circus Renz.

(Karlstraße.) Dienstag, den 28. November, Abends 7 1/2 Uhr: Gala-Sport-Vorstellung. u. a.: Blondel, neu dressirt und vorgeführt vom Dir. Fr. Renz. Monstre-Tableau von 60 Hengsten, neu dressirt und vorgeführt vom Direktor Fr. Renz. Prinz, geritten von Herrn R. Renz. Konkurrenzschule, geritten von Fr. Oceana Renz und Frau Renz-Stark. Auftreten der Reit-Künstlerinnen Miss Edith, Fr. Rose. Mr. Leopold Renz, hervorragender Jockey-Reiter der Gegenwart. Gebr. Frediani, weltber. Akrobaten. Gebr. Krasucki, musikal. Clowns. Mr. Lavater Leo etc. Zum Schluss: Guldigungsgruß an Berlin. Gr. Paradebänd. Hestspielen, Auszüge, Solo- u. Ensembletänzen von 80 Damen. Arrangirt vom Direktor Fr. Renz. Gewöhnliche Preise. Mittwoch: Große Vorstellung. Fr. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse. Dienstag, den 28. November, Abends 7 1/2 Uhr: Gr. anherordentl. Vorstellung. Aus dem reichhaltigen Programm ist hervorzuheben: Doppel-Bolero, spanisch. Nationaltanz, geritten von den Fräs. Adels Schumann u. Footit, den Herren Max u. Adolf Schumann. Mr. Agulmoff, Reitkünstler. Spring-Potpourri von sämtl. Clowns. Schußpferd Monopol, geritten von Herrn Max Schumann. Reitkünstlerin Mlle. Jeannette. Luft-Potpourri der Geschw. Lecusson. Mr. Ricobono, Jongleur. Grand pas de Valse, getanzt von 20 Damen des Corps de ballet, arrang. v. d. Balletmeisterin Mad. Strigell. Auftreten der vorzüglichsten musik. Clowns Paul und William. La Perce, Kraft- u. Balance-Produktionen, ausgeführt von den Geschwistern Larini etc. etc. Mittwoch, den 29. November: Große Vorstellung mit neuem Programm. Hochachtungsvoll und ergebent G. Schumann, Direktor.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

2. Beuth-Strasse, Berlin SW. Beuth-Strasse 2. Um 10. Dezember etc. erscheint in unserem Verlage:

Buch der Freiheit.

Gesammelt und herausgegeben von Karl Heuckell. Zwei Bände, je zirka 20 Bogen umfassend, à Mark 1,75 elegant in Prachtband gebunden, komplet Mark 3,— Bei Voraus-Bestellungen, die bis 10. Dezember eingehen, gewähren wir Vorzugspreise: Mark 1,50 pro Band und Mark 4,50 für den kompleten Prachtband. Diese Sammlung der gedankenreichsten und formenschönsten deutschen Freiheits-Lieder von Goethe bis auf die Dichter des jüngsten Deutschland hat ihren politischen und literarischen Werth in der Person des Herausgebers verbürgt, der als Dichter wie als Freiheitskämpfer in der Deutschen Arbeiterwelt seit langem und bestend bekannt ist. — Das „Buch der Freiheit“ sollte jeder Genosse erwerben, dessen Herz für Freiheit und Schönheit schlägt. Für die kommende Festzeit kann es kein schöneres und passenderes Festgeschenk geben als das „Buch der Freiheit“. 415/9 Zahlreichen Aufträgen steht entgegen Buchhandlung des „Vorwärts“

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis zur Nachricht, daß wir zwei Mitkampfer durch den Tod verloren haben. 1. Am 25. d. M. verstarb das Mitglied 377/14 Aug. Petermann, Zimmerer, am Bluthurz. Die Beerdigung findet am Dienstag um 3 Uhr von der Stephanstr. 43 nach dem Johannes-Kirchhof Plohnsee statt. 2. Am 26. d. M. verstarb unser langjähriges Mitglied Aug. Holzbecher, Schankwirth, an der Proletarierkrankheit. Die Beerdigung findet am Mittwoch um 2 Uhr von der Dreyestr. 3 nach dem Johannes-Kirchhofe Plohnsee statt. Um rege Betheiligung ersucht Der Vorstand.

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirths Berlin und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege August Holzbecher, Dreyestr. 3, am 26. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. d. M., Nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Dreyestr. 3, nach dem Johannes-Kirchhofe (Plohnsee) statt. Um zahlreiche Betheiligung bittet Der Vorstand. J. H. B. Lorenz.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 26. November, Abends 8 1/2 Uhr, verschied nach schweren Leiden unser Kollege und Vereinsmitglied A. Holzbächer im Alter von 42 Jahren. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. November, Nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause, Dreyestr. 3, aus statt. Die Kollegen und Vereinsmitglieder werden gebeten, unserm von uns geschiedenen Freunde die letzte Ehre zu erweisen. Der Vorstand.

Achtung, Filzschuharbeiter!

Todesanzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege Oskar Tulke am 20. November an der Proletarierkrankheit verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, Nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Friedrichshagen aus, statt. Um rege Betheiligung bittet 451/3 Der Vorstand. Allen Genossen, Kollegen, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann Albert Böttcher nach schwerem Kampfe am Sonnabend, den 25. November, Abends 1/2 8 Uhr, entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch 2 Uhr vom Trauerhause Faldenstr. 41 aus statt. 449b Die tieftrauernde Wittwe Martha Böttcher, geb. Ceupel.

Allen Freunden und Bekannten theilt ich mit, daß nach langen, schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Klempner Anton Grzezkowiak heute Morgen 1/2 5 Uhr die ewige Ruhe fand. Die Beerdigung findet am 30. November, 1/2 3 Uhr, vom Trauerhause, Solmsstr. 26 aus, statt. 458b Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Allen Freunden und Bekannten für die zahlreiche Betheiligung bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, des Dreher's W. Schmidt, sagen wir hiermit unseren innigsten Dank. 448b Die trauernden Kinder. Ich warne einen Jeden meiner Frau Louise Dick, geb. Müller, welche Medicinstr. 25 bei Herrn Gustav Müller wohnt, etwas auf meinem Namen zu borgen, da ich für nichts aufkomme. 446b Heinrich Dick.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L am hiesigen Plage wie bekannt grösste Auswahl! Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohabake sind am Lager. A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Sophastoff-Reste.

Teppiche m. Farbenflechern. Gardinen von 30 Pf. an. Fäuserstoffe, Fischdecken, Pfordedecken von 2.— M. an offerirt G. Littmann, 5096L Landsbergerstr. 97, part. rechts.

Detailverkauf sämtl. Sorten Roh-Tabak

Rud. Völcker & Sohn, Köpnickstr. 45. [844b

Reell! Pelzwaaren Billig!

Einzel-Verkauf zu 51450 Engros-Preisen direkt in der Fabrik von Goebel & Reinecke, Stallschreiber-Strasse 50/51, 1 Treppe. Ecke Alexandrinen-Strasse. Bestellungen und Reparaturen billig

!! Roh-Tabak !!

Sämtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt Heinr. Franck, Handlung Brunnenstr. 185.

G. Brochnow's Festsäle

39. Sebastianstraße 39. Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Sonnabend großer Ball. Empfehlung meine Säle zu allen Festlichkeiten u. Versammlungen. 4676b

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

6. Sitzung vom 27. November 1893. 1 Uhr.
Am Bundesrathliche: Graf v. Caprivi, v. Bötticher, Miquel, Graf von Posadowsky, Bronsart von Schellendorf, Hollmann.

Eingegangen ist eine Nachweisung der Geschätz- und Rechnungsergebnisse der Invaliditäts- und Altersversicherung für 1892.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Reichshaushalts-Etats für 1894/95 in Verbindung mit der ersten Beratung des Anleihegesetzes und der Etats für die Schutzgebiete.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Mein Amtsvorgänger hat bei Vorlegung des Etats für 1893/94 das Defizit des Jahres 1892/93 auf 6 Millionen Mark bemessen zu sollen geglaubt; dasselbe war nämlich entstanden durch die höheren Preise der Naturalien. Der Gehalt beträgt wirklich 5 1/2 Mill. Mark; nachdem aber durch den Nachtrags-Etat eine Erhöhung der Matrifularbeiträge erfolgt ist, hat sich noch ein kleiner Ueberschuss ergeben, der sich auf 7 1/2 Millionen beläuft. Bezüglich des laufenden Etats rechnen wir auf einen Ueberschuss von 1 1/2 Millionen, wovon der dritte Theil durch den Nachtrags-Etat aufgebracht wird. Mehr-Einnahmen erwarten wir bei dem Zuder, beim Salz, bei der Branntweinsteuer, beim Wechselstempel, und besonders günstig wird die Post- und Telegraphen-Verwaltung abschließen. Diesen Mehreinnahmen stehen aber Mindereinnahmen gegenüber bei der Matrifularsteuer. Mehrausgaben haben sich ergeben beim Militäretat, namentlich bei den Remonte-Ankäufen und bei der Marineverwaltung, ferner beim Reichsamt des Innern zur Bekämpfung der Cholera. Bei der Reichsschuld wird sich eine Minderausgabe herausstellen, weil die zur Verfügung gestellten Kredite nicht vollständig in Anspruch genommen sind. Die Einnahmen der Zölle haben in den ersten Monaten einen erheblichen Rückgang gezeigt, erst seit August zeigt sich ein Steigen derselben; es wird aber ein Ausfall von 5 1/2 Millionen entstehen und deshalb werden die Ueberweisungen an die Einzelstaaten hinter dem Vorschlage zurückbleiben. Der neu vorgelegte Etat für 1894/95 verlangt an fortlaufenden Ausgaben 55 Millionen Mark mehr, davon 31 1/4 Millionen für das Reichswehr, und davon wieder 12 Millionen Mark für die Naturalienversorgung. Die Marine erfordert ein Mehr von etwas über 3 Millionen. Eine Mehrausgabe entfällt auch durch die Einführung der Dienstaltersstufen bei einzelnen Verwaltungen. Bei der Post konnte dieses System nicht durchgeführt werden, weil die Post-Unterbeamten bei dem großen Anwachsen der Stellenzahl sehr viel schneller das Durchschnittsgehalt erreichen als die anderen Unterbeamten; sie würden also durch die Einführung der Dienstaltersstufen einen Ausfall erleiden. Unter den einmaligen Ausgaben werden mehr beansprucht 1/4 Millionen für Südwest-Afrika und 1 Million für Ostafrika, ferner 5 1/2 Millionen für die Anschaffung ständiger Übungsplätze. Für die Marineverwaltung sind unter den einmaligen Ausgaben 9 Millionen eingesetzt. Die Einnahmen sind veranschlagt, bei den Verbrauchsausgaben um 5 1/2 Mill. höher, bei der Post auf 3 1/2 Millionen Mark mehr. Auf einen Minderetrag wird gerechnet bei den Reichs-Stempelabgaben, die seit einiger Zeit einen erheblichen Rückgang zeigen. Die Matrifularbeiträge übersteigen die Gesamtsumme der Ueberweisungen um 53 Millionen Mark. Im vorigen Jahr wurden den Einzelstaaten 42 Millionen Mark mehr überwiesen, als die Matrifularbeiträge betragen. Die Differenz beträgt also für die Einzelstaaten 95 Millionen Mark; da noch 10 Millionen Mark Militärausgaben rückständig sind, so stehen die Einzelstaaten in Zukunft etwa um 100 Millionen schlechter als 1892. Es ist gesagt worden, daß die Reichsregierung beabsichtigt sei, die Finanzlage ungünstiger darzustellen, als sie wirklich sei, um für die Steuerreform Stimmung zu machen. Besonders wird behauptet, daß die Einnahmen aus den Zöllen viel zu niedrig angesetzt sind. Die Einnahmen aus den Zöllen sind im laufenden Semester bereits 32 Millionen niedriger als im vergangenen Jahre. Es ist weiter moniert worden, daß die einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat ausnahmsweise hoch bemessen sind. Aber wenn einer Schuldenlast von 2 Milliarden Mark nur ein verbendes Vermögen der Reichseisenbahnen von 420 Millionen Mark gegenüber steht, so wird man es begreiflich finden, daß man möglichst daran denkt, die Anleihen zu vermindern und die einmaligen Ausgaben auf die laufenden Einnahmen zu übernehmen. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Reichs-Finanzverwaltung Steuern schaffe, wofür ein Bedürfnis noch gar nicht nachgewiesen sei. Wenn wirklich sich eine Mehreinnahme bei den indirekten Steuern ergeben sollte, so würde die Regierung sich wohl nicht entschließen haben unter dem konzentrierten Feuer von drei Interessengruppen neue Steuerentwürfe vorzubereiten. Es wurde davon gesprochen, daß noch mehr Geld erforderlich sein würde für die anderweitig steigenden Ausgaben des Reichs. Demgegenüber wurde von der Finanzverwaltung die Uebersicht vorgelegt über die Steigerung der indirekten Steuern im natürlichen Verlauf der Dinge, aber zugleich festgestellt, daß auf Grund früherer Beschlüsse des Reichstags ein Mehrbedürfnis in Höhe von 99 Millionen Mark bereits vorhanden sei für Pensionen und für die Invalidenversicherung. Rechnet man dazu, daß die Beamtenbesoldungen verbessert werden müssen, so wird man zugeben, daß die vorhandenen Mittel äußerst bescheiden sind. Wir wollen also durchaus nicht Einnahmen bewilligt haben, für welche Ausgabezwecke noch nicht feststehen. Wir hoffen, mit den Steuern, die wir jetzt verlangen, während des nächsten Quinquenniums auszukommen, auch bei einer Ausgabensteigerung auf andere Gebieten als der Heeresverwaltung. Wenn das Defizit, vor welchem wir thätlich stehen, durch Matrifularbeiträge gedeckt wird, so wird die frankenstein'sche Klausel illusorisch gemacht. Die Absicht dieser Klausel war, daß den Einzelstaaten aus den indirekten Steuern für ihre Bedürfnisse Ueberschüsse gewährt werden sollen. Diese Ueberschüsse sind für die Einzelstaaten notwendig, weil darauf eine ganze Anzahl neuer dauernder Ausgaben begründet sind. Ferner entfällt aber eine Periode fortgesetzter finanzieller Verlegenheit nicht für das Reich, sondern für die Einzelstaaten, wie sich das in Preußen schon bei der Staatsausfallung zeigt. Sobald die Matrifularbeiträge die Ueberweisungen übersteigen, haben wir eine vollständige Kopfstecher, welche die wohlhabenden Landstriche ebenso trifft, wie die ärmeren Gegenden. Ich meine daher, daß bei der jetzigen Lage des Etats eine ernste Veranlassung vorliegt zu prüfen, ob man nicht entsprechend dem Gedanken und dem Wortlaut der Reichsverfassung das Reich durch Bewilligung neuer Einnahmequellen finanziell emancipiren muß. (Beifall rechts.)

Abg. Frigen (Z.) begrüßt es mit Freude, daß für eine ganze Reihe von Unterbeamten die Dienstaltersstufen eingeführt werden sollen, spricht aber seine Verwunderung darüber aus, daß bei der Verwaltung, welche die größte Zahl solcher Beamten hat, keine Mehrausgabe nachgewiesen ist, nämlich bei der Postverwaltung. Redner wendet sich dem Kolonialetat zu, in welchem 792 000 M. für Südwest-Afrika, für Ostafrika 1 Million verlangt werden. Der Militäretat hat eine so bedeutende Höhe angenommen, daß die Kommission denselben eingehend prüfen muß. Im vorigen Jahre hat man über die Soldatenmishandlungen geklagt, jetzt haben die unliebsamen Enthaltungen

des Prozesses in Hannover alle Welt in Schrecken versetzt. Eines ist bewertenswerth; das Spiel vollzieht sich immer im Anschluß an die Wette; deshalb möchte ich die Regierung auffordern, nochmals in Erwägung zu ziehen, ob das Spiel an Totalisator zulässig ist oder nicht wenigstens mit erheblichen Konten umgeben werden muß. Für die Marine haben wir im laufenden Etat die vermehrten Mannschaften bewilligt; es wird zu prüfen sein, ob auf diesem Gebiete nicht eine Verlangsamung eintreten kann. Für die Indienststellung werden allein zwei Millionen Mark mehr verlangt, die wohl bewilligt werden müssen, wenn die vorhandenen Schiffe und Mannschaften die nötige Übung haben sollen. Ueber die Schiffsbauten sollte man nicht den Zufall entscheiden lassen, sondern es müßte sich eine allgemeine Meinung unter den Parteien bilden, was man mit der Flotte eigentlich beabsichtigt, was ihr deshalb gewährt und was verjagt werden muß. Die Marine muß Stationen besetzt halten bei unseren Kolonien und an den Punkten überseeischer Länder, wo wesentliche deutsche Interessen vertreten sind, wie z. B. in Chile. Für das Auftreten unserer Flotte daselbst können wir unseren Marine-Offizieren nur außerordentlich dankbar sein, aber wir können nicht eine machtvolle Hochseeflotte schaffen, welche den ersten Seemächten ebenbürtig wäre. Auch das ist nicht möglich, daß unsere Flotte so stark gemacht wird, daß sie im Kriegsfall überall dem deutschen Handel zur Seite stehen könnte. Das kann höchstens England. Die Reichsschuld ist erheblich angewachsen; deren Verzinsung erfordert erhebliche Summen, sie wird noch immer zu 1/2 aufgebracht durch die Einnahmen der P.K., der Eisenbahnen und der Bank. Aber trotzdem müssen wir bei der Annahme von Anleihen vorsichtig sein. Für den Nord-Ostsee-Kanal und die Reichs-Eisenbahnen wird man die Ausgaben auf die Anleihe übernehmen müssen, weil es sich wirklich um einmalige Ausgaben handelt. Die anderen einmaligen Ausgaben aber, annähernd hundert Millionen Mark, sind für das Heer und die Marine bestimmt; das sind einmalige Ausgaben, die alle zehn Jahre oder sonst in absehbarer Zeit immer wiederkehren. Solche Ausgaben sollten auf die laufenden Mittel übernommen werden. Deshalb halte ich die Tilgung der Reichsschuld jetzt nicht für ausführbar. Man könnte vielleicht die vorhandenen Schulden konfiskiren und daneben verlosbare Anleihen ausführen, wie dies in anderen Staaten mehrfach der Fall ist. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, diese Frage ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Wenn man die Zölle und Verbrauchssteuern zusammennimmt, so ergibt das eine Summe von 617 Millionen Mark. Daraus geht hervor, daß die Abschaffung der indirekten Steuern und die Einführung einer progressiven Reichs-Einkommensteuer eine Aussonderung ist. In Preußen bringt die Einkommensteuer 125 Millionen Mark ein; man müßte also, um die indirekten Steuern durch eine Einkommensteuer zu ersetzen, die Höhe der preussischen Einkommensteuer auf das Dreifache erhöhen. Das ist unmöglich (Zustimmung im Centrum). Daß die ärmeren Klassen verhältnismäßig mehr tragen an indirekten Steuern, ist richtig; ebenso lastet die allgemeine Wehrpflicht auf diesen Klassen stärker. Da muß man sagen: das allgemeine geheime direkte Wahlrecht ist ein Korrelat für die indirekten Steuern und die allgemeine Wehrpflicht. Wenn man einen so großen Betrag von indirekten Steuern noch um einen erheblichen Betrag vermehren will, so erscheint mir das sehr bedenklich, namentlich, wenn die Vermehrung nicht bloß im Interesse des Reichs erfolgt, sondern wenn den Einzelstaaten daraus Ueberschüsse gewährt werden sollen. In bezug auf die Steuerreform kann ich Namens meiner Parteigenossen noch nichts erklären. Wir könnten ja mit verminderten Armen in der Ecke stehen bleiben und für die Deckung der Ausgaben diejenigen sorgen lassen, welche die Militärvorlage bewilligt haben. Aber das halten wir nicht für patriotisch und nicht für klug. Wir wollen dafür sorgen, daß eine sowohl für die Regierung, wie für das Volk annehmbare Deckung gefunden wird. (Zustimmung im Centrum.)

Abg. Nebel (Soz.): Soweit sich das Zahlenmaterial des Staatssekretärs auf den Etat stützt, ist es zweifelhaft unanfechtbar, soweit es sich aber auf Zukunftsmuth stützt, ist es sehr anfechtbar. Für die Kolonialpolitik findet der Etat eine Erhöhung des einmaligen Zuschusses von 2 1/2 auf 3 1/2 Millionen Mark. Wenn Deutschland je ein unglückliches Unternehmen unternommen hat, so war es die Kolonialpolitik. Hätte man die seit zehn Jahren dafür geforderten enormen Opfer für die Hebung des inneren Wohlstandes verlangt, so wären andere Resultate erzielt als mit dieser sogenannten Kolonialpolitik. (Sehr richtig! links.) Die Resultate derselben sind gegenüber den fortwährenden Zuschüssen gleich Null. Das Centrum ist stets für die Kolonialpolitik eingetreten, um durch Missionen das Christenthum unter den Schwarzen zu verbreiten. Wie groß ist denn die Zahl der schwarzen Christen, welche mit allen unsern materiellen Opfern gewonnen sind? Diese Resultate werden auch außerordentlich lässlich sein. Warum spricht man aber nicht auch von den scheußlichen Missethaten, welche sich unsere Schuttruppe bei der Erstürmung von Fortranz hat zu Schulden kommen lassen, von der entsetzlichen Thatsache, daß von den niedergemetelten Menschen der größte Theil aus wehrlosen Frauen und Kindern bestanden hat? Im Interesse der Zivilisation und Menschlichkeit sollte man solchen Unternehmungen fernbleiben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Nach den Ausführungen des Vorredners scheint das Centrum die neuen Forderungen nicht durch direkte Steuern, sondern wiederum durch indirekte Steuern ausbringen zu wollen, welche die Schultern der Armen am meisten belasten. Wegen die Fassung der Thronrede muß ich Verwahrung einlegen. Sie sagt, die mannigfachen Sympathiebezeugungen, welche dem Kaiser aus seinen Reisen zu Theil geworden sind, beweisen, daß die deutsche Bevölkerung errentet über die Annahme der Militärvorlage sei. Hier beweisen Zahlen am besten. Die Verfasser der Thronrede hätten doch Kenntnis von der letzten Reichstags-Wahlstatistik haben müssen, es scheint aber nicht so, denn sonst hätten sie diesen Satz nicht in die Thronrede aufnehmen können. Für die Kandidaten der Parteien, welche gegen die Militärvorlage waren, stimmten rund 4 233 000 Wähler, für die Freunde der Militärvorlage nur 3 225 000 Wähler, das heißt auf Seiten der Opposition stand die bedeutende Mehrheit von 1 007 000 Wähler. Daß trotzdem im Reichstag die Mehrheit für die Militärvorlage war, beweist nur, daß unser Wahlrecht noch nicht vernünftig ist. Bei dem Proportional-Wahlssystem hätte unsere Partei nach den Wahlergebnissen nicht 44, sondern 92 Vertreter hier haben müssen, das Centrum dagegen nicht 100, sondern nur 72. Na, vielleicht kommen wir noch einmal dahin. (Zwischenruf.) Nein, an die Abschaffung des allgemeinen Stimmrechts glaube ich nicht. Jetzt, wo Oesterreich und Belgien mit der Einführung desselben beschäftigt sind, kann das deutsche Reich es nicht abschaffen, nachdem es 26 Jahre bestanden hat. Das läßt sich auch das deutsche Volk nicht gefallen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die letzte Reichstagswahl-Statistik beweist den großen Widerwillen des Volks gegen die steigenden Militärlasten. Bei den Septennatswahlen von 1887 stimmten auch 150 000 Wähler mehr für die Opposition als für die Freunde der Septennatsvorlage, und diese Mehrheit ist jetzt auf 1 007 000 Stimmen gewachsen, der Widerstand gegen die neuen Rüstungen steigt also stetig. Bei den nächsten Wahlen wird auch wohl die Vertheilung der Mandate

im Reichstag eine andere sein. Auch andere Gründe als die Kosten sprechen gegen den Militarismus. Im Spielerprozess in Hannover ist eine große Anzahl von Offizieren aus den angesehensten Gesellschaftskreisen in eine Weise kompromittirt worden, die weder für ihren Charakter noch für ihre Ehre spricht. Wenn solche Offiziere in der Armee vorhanden sind, ist dann unser Offizierkorps überhaupt noch im Stande, den Ansprüchen zu genügen, die man an dasselbe zu stellen hat? Wenn in so hohem Grade eine vollständige Korruption, eine Verwahrlosung des Charakters vorhanden ist, so ist das außerordentlich bedenklich. Interessant ist, daß diese Herren unbekannt des Gefühls ihrer Offizierslehre mit gesellschaftlichen Auswürflingen erster Klasse in intimster Verührung stehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da fragt es sich allerdings, ob in der Offizierswelt, die zuerst durch Charaktereigenschaften und Fähigkeiten dafür zu sorgen hat, daß Deutschland im Kriege mit Erfolg dem Gegner zurückschlägt, —

Präsident v. Levetzow: Ich muß Sie ersuchen, den Offiziersstand nicht zu beleidigen. Dem Offiziersstand gehören Tausende unserer Mitbürger an.

Abg. Nebel: Ich habe ausdrücklich von einem Theil gesprochen, es wäre traurig, wenn sich meine Angriffe gegen das ganze Offizierskorps richten müßten.

Präsident v. Levetzow: Sie haben gesagt, es wäre fraglich, ob der Offiziersstand noch im Stande sei, seine Pflichten zu erfüllen.

Abg. Nebel: Die vor zwei Jahren erlassene kaiserliche Verordnung gegen die Verschwendungssucht und den Luxus unter den Offizieren hatte nicht den erwarteten Erfolg. In einem Theil unserer Offizierswelt spielt auch das sogenannte Spielthum seine Rolle. (Unruhe rechts.) Nach der bekannten Broschüre „Videant consules“, die im Jahre 1889 erschien aus hohen Militärkreisen, nimmt unsere Militärliteratur eine inferiore Stellung gegenüber der französischen ein. Das hat einen großen Schaden für unsere Armeeeinrichtungen zur Folge. Ein kleiner Theil der Presse hat allerdings die Theilnahme der Offiziere an Spiel und waghalsigen Unternehmungen gelobt, weil Leute, die alles aufs Spiel setzen könnten, die richtigen Anführer im Kriege wären. Aber die Draufgängerer ist jetzt das Letzte, was ein Kommandeur seiner Truppe zumuthen darf. Jetzt müssen vielmehr im Gefecht alle Momente in sorgfältigster und kaltblütigster Weise erwogen werden, und vorsichtig, aber nachdrücklich muß vorgegangen werden.

Bei den elsässischen Manövern hat ein Angriff großer Kavalleriemassen auf gut gedeckte Infanterie zwar einen großen Eindruck auf das Laienpublikum gemacht, aber nach dem Urtheil der loyalsten Fachpresse wäre dabei im Ernstfalle kein Mann und kein Pferd wiedergesehen worden. Es ist fraglich, ob im Kriege die Leistung unserer Armees noch in solchen Händen ist, daß wir Vertrauen haben können. Die ausländische Fachpresse hat an unsern Manövern die schärfste Kritik geübt, aber die Manöver der schweizerischen Miliz aber einstimmig dahin geurtheilt, daß diese Miliz im Stande sein würden, jedem Feind an der Grenze entgegenzutreten.

Auch der Marine-Stat weist außerordentlich hohe Mehrausgaben auf. Wir haben bereits hunderte von Millionen für Panzerschiffe ausgegeben. Haben sich diese Fahrzeuge auch nur bei den Manövern bewährt? Nach der gewiß loyalen „Kölnischen Zeitung“ konnten die Panzerschiffe „König Wilhelm“ und „Deutschland“ bei den letzten Manövern wegen schwerer See nicht einmal Gebrauch von ihren Geschützen machen. Wenn dem so ist, hat die ganze Flotte überhaupt keinen Werth. Man denke auch daran, wie die schönsten und größten Schiffe der englischen und deutschen Flotte sich gegenseitig in den Grund gehöhrt haben. Wird heutzutage ein neues Geschütz, ein neues Geschütz und ein neues Schiff konstruirt, so wird es, noch ehe es fertig gestellt ist, durch ein neues System überholt. So soll das 7 Millimeter-Geschütz durch ein 5 Millimeter-Geschütz ersetzt werden. Diesem Treiben werden die Völker schließlich auf dem Wege freier Vereinbarung ein Ende machen müssen.

Wir befinden uns heute in einer schweren ökonomischen Krise. Leugnet der Staatssekretär des Innern auch heute noch den Nothstand? Er scheint es nicht zu thun, denn er giebt kein Zeichen. (Heiterkeit.) Selbst Krupp mußte vor vielen Wochen einen erheblichen Theil seiner Arbeiter außer Arbeit setzen. Tausende von Berliner Bauhandwerker hatten bereits im Hochsommer Monate lang nichts zu thun und sehen dem Winter mit Grauen entgegen. 3600 Schulkinder in Berlin (Osten) müssen in die Schule gehen, ohne auch nur einmal im Jahre warm zu essen. Unsere Staatsweisen und Staatsgewaltigen sollten sich um diese Erscheinungen kümmern, statt immer neue Steuern ausfindig zu machen, das Volk zu schröpfen. Daher eine allgemeine Anzugsfreiheit und Erhaltung im Volke, wie ich sie noch niemals erfahre habe. In der Thronrede wird behauptet, der Etat sei mit äußerster Sparsamkeit aufgestellt. Ich will dem Staatssekretär glauben, daß wir an dem vorliegenden Etat nicht allzuviel Millionen werden herunterbringen können. Ein Rückblick in die nächste Vergangenheit zeigt, wie man im Deutschen Reich bezüglich der Erhöhung der Ausgaben mit Siebenmeilenstiefeln marschirt. Der ordentliche Etat für das Reichsjahr betrug 1884/85 338 Millionen, 1887/88 359, er ist jetzt nach 10 Jahren für 1894/95 veranschlagt auf 482 Millionen, die Steigerung beträgt somit innerhalb zehn Jahren 143 Millionen oder 40 pCt., während die Bevölkerung nur um 18 pCt. gestiegen. Der ordentliche Etat für die Marine betrug zu denselben Zeitpunkten 32, 39 und 51 Millionen; die Steigerung somit 69 pCt. Der allgemeine Pensionsfonds betrug entsprechend 20, 26, 48 Millionen; eine Steigerung von 134 pCt. Dieser letzteren ungeheuerlichen Zahl gegenüber muß endlich einmal die Kommission die Frage unteruchen, nach welchen Grundsätzen die Pensionirung zahlreicher Offiziere erfolgt, die im besten Mannesalter das Heer verlassen, obwohl sie noch auf lange Jahre durchaus dienstfähig sind. Auf diese höchst merkwürdigen und seltsamen Widersprüche, auf diesen wirklich ungeheuerlichen Zustand muß endlich einmal gründlich eingegangen werden. Die Verzinsung der Reichsschuld betrug 1884/85 15,8, 1887/88 21, 1894/95 72 Millionen! Die Vermehrung beträgt da 360 pCt. Wir können wohl sagen, auf diese Gebiete marschirt Deutschland an der Spitze der europäischen Zivilisation (Sehr gut! links). Im laufenden Etat sind nun die fortlaufenden Ausgaben um 54 Millionen gewachsen, davon entfallen fast 32 Millionen auf das Heer, nachdem schon im Juli 23 Millionen bewilligt waren, drei auf die Marine, fünf auf die Reichsschuld, 3 1/2 auf die Pensionen. Neben den 23 Millionen ordentlichen sind im Juli 48 Millionen außerordentlicher Ausgaben bewilligt worden. Da begreift es sich allerdings, daß die Herren in der Regierung auf den Gedanken kommen, es sei mit den gegenwärtigen Einnahmequellen auf die Dauer nicht auszukommen. Herr v. Posadowsky bestreitet zwar, daß die natürlichen Mehreinnahmen bis 1898/99 sich auf 114 Millionen belaufen werden, er läßt nur 70 Millionen gelten; fest steht jedenfalls, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse doch wahrlich kaum noch schlechter werden können, als sie derzeit sind, daß auch nach Abzug der Steigerungen beim Pensions-Etat, beim Reichszuschuss für die Invaliditätsversicherung und dergleichen ein sehr erhebliches Plus an Mehreinnahmen zu erwarten ist, für welches zur Zeit keine Mehreinnahmen

ausgaben vorhanden sind. Aber es besteht ja bei uns überhaupt seit geraumer Zeit der Grundlag, daß nicht die Einzelstaaten des Reichs, sondern das Reich die Einzelstaaten zu geben hat. Nach dem Anfang der 80er Jahre zahlten die Einzelstaaten mehr als sie erhielten. Im Jahre 1876 erklarte Kaiser im Reichstage, das Reich müsse finanziell auf eigene Füße gestellt werden, es sollte so viel Steuern zugewiesen bekommen, als es für seine eigenen Ausgaben gebrauchte. Dieser Standpunkt ist total verlassen worden seit dem Zolltarif von 1879, seit der berühmten Clausula Francenstein. Seit jener Zeit stammt die berühmte Kofingerei der Einzelstaaten beim Reich; die Einzelstaaten haben sich so daran gewöhnt, daß ihnen jetzt sogar dauernd 40 Millionen aus Reichsmitteln überwiesen werden sollen. Sehr interessant ist, daß durch dieses neue Finanzgesetz von seiten eines nationalliberalen Finanzministers dafür Sorge getroffen wird, daß der Reichstag das bisherige Steuerbewilligungsrecht, was er noch hat, aus der Hand giebt (Sehr richtig! links). Im Jahre 1882/83 betrug die Ueberweisungen 83, die Matrikularbeiträge 103 Millionen; 1891/92 888 und 826 Millionen, Uebererschuss für die Einzelstaaten 56 Millionen. Um diesen letzteren Zustand zu vermeiden, ist uns das neue Steuerbouquet vorgelegt. Bekanntlich soll ja gerade der ungenügende Finanzzustand Preußens den Vorwand hierfür liefern. Preußen hat wesentlich wegen seiner Eisenbahnwirtschaft im vergangenen Jahre ein Defizit gehabt. Das Defizit betrug bis zu 60 Millionen und ist noch im laufenden Etat auf 40 Millionen veranschlagt. Das Defizit wird sich aber noch im Laufe dieses Etatsjahres in einen Uebererschuss verwandeln. Schon jetzt hat die preussische Eisenbahnverwaltung ein Plus von 24 Millionen herausgeschunden (Weiter! links) durch die Bahnsteigsteuer, durch die Extrasteuer in den Harmonikazügen, durch Verminderung der Zahl der Arbeiter und — in einer Zeit allgemeinen Nothstandes — durch die Herabdrückung der Löhne, sowie durch die Reuierung bezüglich des Annoncenwesens in den Eisenbahnzügen. Das sind die Mittel, durch welche der Eisenbahnminister die Uebernahmen des Eisenbahnnetzes um 24 Millionen gesteigert hat, und wenn die weiteren sechs Monate dieselben Einnahmen aufweisen, dann ist statt eines Defizits von 40 Millionen ein Uebererschuss von acht Millionen vorhanden, also gar kein Grund zu neuen Steuern. Ich bekreite auf das allerentschiedenste, daß wir überhaupt verpflichtet sind, Steuererhöhungen für die Einzelstaaten zu schaffen. Zudem stehen dem Einnahmehausfall durch Aushebung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, sowie der Bergwerkabgabe in Preußen, in Höhe von zusammen 102 Millionen, die Einnahmen durch Aushebung der lex Quene u. s. w. im Betrage von 71 Millionen gegenüber. Es bleibt also eine Wiedereinnahme von 31 Millionen, die aber mehr als gedeckt wird durch die 35 Millionen der neuen Vermögenssteuer. Damit ist auch dieses Defizit vollständig verschunden. Die neuen Steuern werden gefordert nicht nur zur Beseitigung des Mangels an Einnahmen der Einzelstaaten, sondern auch für die Ueberausgaben der Militärverwaltung. Um diese Steuerbewilligungen sind aber die Herren im Juni herumgegangen wie die Rabe um den heißen Brei. Alle waren darin einig, daß die im vorigen Jahre vorgeschlagenen Branntwein-, Bier- und Wörsensteuer, mit Ausnahme der letzteren nicht wieder in Frage kommen könnten. Und von der Rechten bis zur freisinnigen Vereinigung, so weit war man ja bewilligungslustig, wurde betont, daß unter keinen Umständen neue Steuererhöhungen eingebracht werden dürften, die die Landwirtschaft, die kleinen Handwerker und die Arbeiter schädigen würden. Der Reichsanwalt und die Vertreter der maßgebenden Parteien, Hr. v. Stumm, v. Mantuffel, v. Bennigsen u. A., erklärten feierlich, die neuen Steuern dürften nur auf die leistungsfähigen Schultern gelegt werden. Wie stimmt das zu den uns nun vorgelegten Steuererhöhungen? Als ich damals sagte, es würde niemand daran denken, die Einkommensteuer zur Deckung der Militärausgaben heranzuziehen, erhoben einige Mitglieder der nationalliberalen Partei, so die Herren Klein und Siegel, Widerspruch. Nun sollten doch die Herren beweisen, daß ihr Patriotismus sich nicht nur in Worten, sondern auch in Thaten kund giebt. Aber die überwiegende Mehrzahl dieses Hauses und diejenigen, die Sie vertreten, haben bisher so gut wie nichts zu den ungeheuren Löhnen beigetragen, im Verhältnis zu den Vorteilen, die Sie als Rittergutsbesitzer, Großfabrikanten u. s. w. aus den neuen Steuern, den Bier-, Wörsen-, z. Bollen, aus den Branntwein- und Zuckersteuern, Prämien u. s. f. ziehen. Aus allen diesen ziehen Sie unumstößliche Vorteile, daß das, was Sie für sich und Ihren Haushalt an indirekten Steuern zu den allgemeinen Lasten beitragen, verschwindend klein genannt werden muß. Nun wollen Sie außer dem Tabak und dem Wein auch aus dem unmoralischen Lotteriespiel eine Einnahmequelle erschließen. Dieselben Parteien, die sich sonst so sehr entrüsten über die Unmoralität des Spiels, wollen jetzt mit Vergnügen daraus viele Millionen Einnahmen schaffen. Da verschwindet jede Religion, alle Moral! Das Geld zählt nicht! Je schlechter und je erbärmlicher die Verhältnisse sind, je mehr alle natürlichen und vernünftigen Einnahmequellen verfallen, desto mehr verfallen die Menschen auf das verwerfliche Spiel, desto mehr unterfällt der christliche Staat das Spiel! Nicht weniger als 6500000 M. sollen durch die Quittungssteuer aufgebracht werden, unter der am meisten die kleinen Leute, die Handwerker u. s. w. zu leiden haben. Sie von der Rechten tragen die Quittungssteuer nur zum kleinsten Theil. Die armen Verkäuferinnen, die 40—50 M. monatlich verdienen, müssen 120 jährlich Quittungssteuer bezahlen, die kleinen Handwerker, Schuhmacher und Schneider müssen bezahlen, die 54000 M. des Reichsanwalts und die übrigen Beamten bleiben steuerfrei! Und was für Unannehmlichkeiten bringt diese Steuer im Verkehr mit sich! Neben den Invalidenmarken braucht man weitere Marken für den Quittungstempel, für die Frachtbriefe u. s. w. Unglücklicher konnte man nicht verfahren, als man jetzt verfahren ist. In einem hat der Reichsanwalt Wort gehalten: getroffen hat er mit seinen neuen Steuererhöhungen nicht den Oken Deutschlands, wohl aber den Weizen, den kleinen Wein- und Tabakbauern, der am Schwersten im Jahre zu würgen hat; durch die neue Tabaksteuer wird der Konsum nach der Berechnung der Regierung um 29 pCt. eingeschränkt werden. Von 160000 in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter werden also 40—50000 Arbeiter brotlos gemacht in einem Augenblick, wo infolge der jahrelangen schweren Arthe Strafen und Chauffen von Hunderttausenden von brotlosen Arbeitern belagert sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und nicht allein die Arbeiter werden brotlos, auch ihre Familien werden in Elend und Noth gedrängt, dem Verderben preisgegeben. Ist das deutsche Sozialpolitik? Wie stimmt es damit, daß man den Reichs schaffelweise giebt und die Armen zuzieht? Trost die Einführung des Gesetzes, so wird man die Vorräthe aufhäufen, und es wird eine Zwischenperiode eintreten, in der die Zahl der Arbeitslosen noch wachsen wird. Auch eine ganze Zahl von Unternehmern wird ihre Existenz verlieren. Schlimmer als die materiellen Verluste der Unternehmer sind noch die Kontrollvorschriften mit ihren Quittungen und Vergütungen.

Präsident v. Levetzow: Ich habe Ihnen zu Ihren Ausführungen über die Steuergesetze einen weiten Spielraum gelassen, bitte Sie aber nun zum Etat zu kommen.
Abg. Bebel (fortfahrend): Es ist bisher immer so gehalten worden, daß über Steuervorlagen, die mit dem Etat in Verbindung standen, ausführlicher gesprochen wurde.
Präsident v. Levetzow: Ich rufe Sie nunmehr zur Sache.
Abg. Bebel (fortfahrend): Ich muß mich fügen, aber ich glaube, daß mir Unrecht geschehen ist.
Präsident v. Levetzow: Wenn Sie glauben, daß Ihnen Unrecht geschehen ist, dann verweise ich Sie auf den geschäftsordnungsrechtlichen Weg.
Abg. Bebel (fortfahrend): Durch diese Steuergesetze wird ein Maß von Noth und Elend erzeugt, wie es bisher durch

keine andere Maßnahme im Deutschen Reich herbeigeführt worden ist. Wenn man von inneren Feinden gesprochen hat, gegen die man eines Tages die Arme brauchen werde, so sind die größten inneren Feinde im Reich diejenigen, die solche Steuererhöhungen machen und die sie gut heißen (Lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Und giebt es denn keinen andern Weg, die angeblich notwendigen Ausgaben auf andere Weise aufzubringen? Herr Frihen meinte, die Reichs-Einkommensteuer können wir nicht einführen; wo Uen wir nicht, wäre richtiger gesagt. Wer hat denn ein Interesse an dem Fortbestande des Reiches? Dem Proletariat kann es vollständig gleichgültig sein, von wem es regiert und ausgebeutet wird, Ihnen darf dies nicht gleichgültig sein. Ihre ganze soziale und materielle Existenz ist mit dem Bestande dieses Reichs aufs Engste verknüpft, haben Sie aber den Vorteil, so erfordert das einfache Gerechtigkeitsempfinden, daß Sie auch die Lasten tragen. Das ist auch eine Pflicht des einfachsten Anstandes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich würde als vermögender Mann mich schämen, für irgend welche neue Ausgaben eine Steuer vorzuschlagen oder gutzuheißen, welche einen meiner Mitbürger bedrückt. Das thue ich nicht einmal als Arbeit, Sie als Christen thun es. Wir sind ja nicht solche Barbaren, um alle Einnahmen des Reiches zu beseitigen. Sind wir auch im Allgemeinen keine Schutzdäuer, so geben wir doch zu, daß in gewissen Fällen ein gewisses Maß von Schutzdäuer bleiben könnte. (Hört! hört! rechts.) Ist Ihnen das etwas Neues? Dann kennen Sie eben unsere Literatur nicht. Die hier geforderten 60 oder 100 Millionen könnten ohne Mühe und Noth aufgebracht werden. Ich habe mir auf grund der sächsischen Einkommensteuer-Statistik, der besten, die wir haben, eine Aufstellung gemacht. Ich gebe dabei zu, daß auch die sächsische Einkommensteuer nicht vollkommen ist. Die reichen Leute betragen am meisten, und die Repräsentanten von Bildung, Gesslung und Christenthum wiedersehen der Versuchung am wenigsten. Ich habe die Zahl der deutschen Bevölkerung vierzehnfach so hoch genommen wie die sächsische, die Einkommensteuer aber nur 18fach so hoch. Die Steuer beginnt bei 3300 M. und beträgt bis 4800 M. 1/2 pCt., bis 7200 M. 3/4 pCt., bis 9600 M. 1 pCt., bis 14000 M. 1 1/2 pCt., bis 20000 M. 2 pCt., von 80 bis 100000 M. 4 pCt. und über 1 Million 10 pCt. Dieser Satz ist schon im Interesse der Verhinderung der Kapitalkonzentration wünschenswerth. 659 392 steuernde Personen mit einem Durchschnittseinkommen von je 9000 M. per Jahr und einem Steuerfah von 209 M. würden einen Steuerertrag von 137 600 000 M. einbringen. Dazu käme eine Vermögenssteuer mit 60—70 Mill. und schließlich eine Erbschaftsteuer mit 30 Millionen per Jahr, so daß wir ohne weiteres 237 Millionen neue Steuern hätten. Davon gingen 60 Millionen ab für das Reich. Den Rest könnte man verwenden zur Aushebung anderer Steuern, z. B. der Salzsteuer, der Zuckersteuer, des Petroleumzölles oder der Getreidezölle, kurz aller der Steuern, die am drückendsten sind. Durch diese Einkommensteuer würde auch dem kleinen Gewerbe geholfen, daß jetzt durch das Großkapital außergerieben wird. Die Beschränkung der Akkumulation der großen Vermögen würde ja keine allzu große sein, jedenfalls aber werden diejenigen zur Steuer herangezogen, die die Steuer tragen können. So wird die Gesellschaft auf eine „konservative“ Basis gestellt. Meine Steuervorschläge sind konservativ, die von der Regierung gemachten revolutionär, sie zerstören die Existenzen und beschleunigen den Akkumulationsprozeß des Großkapitals, sie vernichten den Mittelstand, vermehren die Massenarmuth und erhöhen die Armenlasten. Ich habe seinerzeit dem Minister Miquel vorgeworfen, daß er aus einem Kommunisten und Arbeiter zu einem Freund der Agrarier geworden sei. Als ich nun die neuen Steuervorlagen las, legte ich mir die Frage vor: am Ende hast du Herrn Miquel doch Unrecht gethan, daß du ihm nachsagtest, er sei ein guter Freund der Agrarier geworden. Er ist am Ende noch heute ein heimlicher Sozialdemokrat, der seine Machtstellung dazu benutzte, um diese elende bürgerliche Gesellschaft, soweit das durch eine Regierung und neue Steuervorlagen möglich ist, zu Grunde zu richten. (Große Heiterkeit links.) Wenn ein Minister mit der Aufgabe zu Werke geht, seine ganze Kraft, sein ganzes Schaffen und Können dazu anzuwenden, die bürgerliche Gesellschaft durch einander zu rütteln und zu schütteln, alle Leidenschaften wachzurufen, die Unzufriedenheit in der Potenz zu schüren, wie das 20 bis 30000 sozialdemokratischer Agitatoren gar nicht besser vermöchten, so ist das kein konservativer Minister mehr, kein Vertreter des Bestehenden, er ist ein Revolutionär, wie er im Buch steht. Der Reichsanwalt hat vor drei Jahren bei Beratung der Unteroffizierprämien meinen Freunde Grillenberger gegenüber den Grundlag vertreten, alle Vorlagen der Regierung würden mit Rücksicht auf die Wirkungen auf die Sozialdemokratie ausgearbeitet, oder mit der Rücksicht, ob sie ihr schade oder nicht. Entsprechen diese Steuervorlagen diesem Zwecke? Durchaus nicht. Möge sich die Regierung — Graf v. Posadowski hat es ja abgelehnt einen Vertreter zu senden — von der Polizei die Reden der Tabakarbeiter auf dem jüngsten Kongress vorsehen lassen. Welches Maß von Horn, Entrüstung, Unwillen und Erbitterung hat sich auf diesem Kongress kundgegeben! Es wurde beschloffen: sobald die Tabaksteuererhöhung Gesetz wird, tritt ein neuer Kongress zusammen und stellt kategorisch an die Reichsregierung die Forderung des Rechts auf Arbeit. Das heißt, die Regierung und der Reichstag hat jetzt auch die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß wir als christliche Staatsbürger und Reichsangehörige mit unseren Familien leben können. Es empört eben die Arbeiter der Gedanke, die Vettelstempelle der Alters- und Invaliditätsversicherung anzunehmen. Die sozialdemokratischen Arbeiter wollen keine Faulenzer sein. Die inneren Reichsfeinde sind gerade diejenigen, die von Staats- und Rechtswegen über das heutige Staatsgebäude und dessen Aufrechterhaltung zu wachen hätten. Nicht bloß aus unseren Reihen, auch aus den Kreisen der Fabrikanten habe ich Zuschriften erhalten, in denen sich eine solche Waise von Erbitterung und Unwillen zeigt, wie ich es nicht für denkbar gehalten habe. Auch Sie kennen diese Stimmung. Wollen Sie danach Ihr Votum einrichten, so müssen Sie gegen die Vorlagen stimmen. (Weißfall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister Bronsart von Schellendorf: Von der Verwendung der Kavallerie-Divisionen hat der Borredner gesprochen und von strategischen Fragen, von dem Mangel der christlichen Thätigkeit der Offiziere, von dem Egerthum, von der nichtbeachteten Ordre gegen den Euzus u. s. w. Ich unterlasse es heute darauf einzugehen. Bei der Spezialberatung wird die gewünschte Auskunft gegeben werden. Ich darf mir nur nicht verjagen auf einen Teil seiner Rede einzugehen. Er hat sich mit dem hannoverschen Prozeß beschäftigt und Angriffe gegen unser Offizierkorps gerichtet, die ich als ungerecht und als unbegründet zurückweisen muß. Ich denke nicht im Entferntesten daran, das Mindeste von dem, was zu Tage getreten ist, zu beschönigen oder zu entschuldigen. Wenn unter 22500 Offizieren 40 oder 45 Ausschreitungen begeben (Zuruf links: Von diesen ist es nur bekannt geworden), so würde ich das auf Ausherte verurtheilt haben, auch wenn diese Ausschreitungen nur von einem Einzigen ausgegangen wären. Aber man darf daraus nicht belebige Schlüsse auf das Ganze ziehen. Ich finde es geradezu unerhört, daß man nachgerade anlangt, die Betrüger beiseite zu schieben (Widerspruch links) und die Betroffenen, die leichsinnig und unersättlich gehandelt haben, auf die Anklagebank zu ziehen, was weiß sie Offiziere sind und den höheren Ständen angehören. (Zustimmung rechts.) Die gehören auf die Anklagebank, welche diesen Prozeß agitatorisch ausnützen (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), um einen ganzen Stand zu belämpfen. Wie will Herr Bebel es wohl rechtfertigen, daß er Zweifel aufwirft, ob wir den an uns gestellten Anforderungen gewachsen sind. Wir sind allen Anforderungen gewachsen, und Sie werden das Gegentheil nie erleben, dafür verbürge ich mich. Es sind zu allen Zeiten in

allen Schichten der Bevölkerung zahlreiche Leute vorhanden gewesen, welche Hazard spielten, Schulden machten, Geld verloren und sich gelegentlich betrunken ließen. Neu und auffällig könnte nur sein das große allgemeine Interesse an den Vorgängen, die Theilnahme, welche den Betroffenen und ihren Angehörigen zu theil wird. Herr Bebel hatte nicht angegeben, wie solche Dinge aus der Welt geschafft werden könnten, und auch Herr Frihen nicht, dem ich für die Art, wie er diese Vorgänge behandelt hat, dankbar bin. Wir besitzen auch die Mittel der Selbstzucht, um Ausschreitungen Einzelner zu bekämpfen. Wenn von anderer Seite Vorschläge gemacht sind, so lehne ich sie ab. Die Arme bedarf solcher Vorschläge nicht und wird intact bleiben auch gegenüber dem Vorgange in Hannover. Wenn jüngeren Offizieren die erziehlische Wirkung älterer Kameraden gefehlt hat, so werden wir allein die Mittel und Wege finden, uns zu helfen und Besserung zu schaffen. (Weißfall rechts.) Auf die andern Punkte werde ich bei der Spezialberatung eingehen. (Weißfall rechts.)

Finanzminister Miquel: Herr Bebel hat einen angeblichen Brief von mir aus dem Jahre 1850 gelesen. Ich weiß nicht, ob der Brief echt ist, ich will es aber gar nicht bestreiten. (Lachen bei den Sozialdemokraten), obwohl ich mir kaum denken kann, daß selbst gegenüber den allgemeinen Anschauungen, die ich als junger, unreifer Mensch damals hatte, ich damals so ungeheimes Zeug schreiben konnte. (Heiterkeit.) Damals war ich eben hinter uns, wir jungen Leute waren noch in der größten Aufregung, aus der Zeit von 48, und alle Welt nicht bloß Junge, sondern auch Alte, glaubte damals, es würde eine neue Katastrophe unbedingt hereinkommen. (Hört! hört!) Wir waren sehr betrübt über den delagierten Ausgang der deutschen Einheitsbewegung von 48, wir waren in der Stimmung, jeder radikalen Idee ein offenes Ohr zu leihen. Wir waren in dem Alter, wo ein einzelnes Buch, eine einzelne Schilderung, eine einzelne dialektische Darstellung, die man nicht zu widerlegen vermag, alles aus Brand und Sand bringt und den Verfasser des Buchs für den Jubaber der allgemeinen Weisheit hält. Wir glaubten, durch die Erfindung der Maschinen, die neuen Transportmittel, die freie Konkurrenz zc. müsse ein Zustand entstehen, wo nur sehr wenig reiche Leute übrig bleiben und alles andere verarmt dem Elend preisgegeben sei. Darum schlossen wir auf die allgemeine Katastrophe, auf den „Maberratsch“. (Auf bei den Sozialdemokraten: Ausgezeichnet!) Diese Anschauung wurde mir selbst bald peinlich. Ich konnte mir die aus der allgemeinen Fortrückung hervorgegangene Gesellschaft gar nicht vorstellen. Ich hielt sie zwar nach den Schriften von Marx und Engels für eine logisch-dialektische Nothwendigkeit. Ich begann nun in den nächsten Jahren ein so gründliches und eingehendes Studium, welches ich Herrn Bebel wünschen möchte. Ich ging nicht leichtfertig zu Werke. Hunderte und Aberhunderte historische, philosophische, national-ökonomische Bücher studierte ich, bis ich innerlich klar wurde. Ich will Ihnen meinen inneren Entwicklungsgang darstellen (Weiterkeit.) Ich begriff aus dem Studium der Geschichte, daß die Behauptung, es müsse nothwendig der Lohn der arbeitenden Klassen schlechter werden, weil die Personen immer wieder zurückgewiesen werden müßten auf den einfachen nothwendigen Lebensbedarf, falsch sei; daß umgekehrt bei wachsender Kultur, wachsender Wohlstand und Reichthum die Besizrente, ob Kapital- oder Grundrente, heruntergeht und der Werth der lebendigen Arbeit steigt. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Dann begriff ich auch sehr bald, wie innerhalb der bürgerlichen Entwicklung ein Mittelstand, der Kapital und Arbeit in sich vereinigt, auch körperliche Arbeit, geradezu eine Nothwendigkeit ist und nicht verschwindet, so lange die bürgerliche Produktionsweise besteht. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich fand bald — und ich habe schon Anfang der fünfziger Jahre darüber einen großen Vortrag gehalten —, daß der kleine Besitz, der den größten Theil seiner eigenen Produkte konsumirt und den größten Theil des gesiegnen Tagelohnes selbst verdient, zu allen Zeiten konkurrenzfähig bleibt in der Landwirtschaft gegenüber den mit allen Maschinenkräften und allen Resultaten der modernen Wissenschaft ausgerüsteten großen Gütern. Mir wurde klar, daß die Theorie, daß nur die Arbeit die Quelle der Güter und der Werthe sei, völlig irrig ist, daß im Laufe der Jahrtausende die Eigenthumsformen sich geändert haben, das Eigenthum geblieben ist, daß das Verlangen nicht nach Gemeinschaft geht, sondern nach Besitz, als der nothwendigen Bethätigung des menschlichen Individuums, daß das Eigenthum die menschliche Ungleichheit nicht erzeugt hat, sondern umgekehrt daraus entstanden ist. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Aus dieser meiner Entwicklung habe ich nie ein Pehl gemacht. Ich habe oft genug erzählt, wie dieser innere Entwicklungsgang bei mir vor sich ging. Sobald mir meine amtliche Thätigkeit die Ruhe giebt, werde ich ein Buch publiziren, worin die Kritik der sozialistischen Auffassung enthalten ist an meinem eigenen inneren Entwicklungsgang. (Abg. Bebel: Sehr gut!) Einen Mann, der sowohl wissenschaftlich seit 40 Jahren mit dem größten Ernst, als auch praktisch in den verschiedensten Lebenslagen ununterbrochen die soziale Bewegung beobachtet und dafür das größte Interesse stets gehabt hat, ist wohl im Stande, diese dunklen Fragen auch der Zukunft einigermaßen zu erhellen, und die Zweifel, die über die Zukunft in manchen Gemüthern vorhanden sind, zu lösen. Ich bin diesem inneren Entwicklungsgang höchst dankbar, ich wurde dadurch vor dem Glauben an die Unveränderlichkeit der nationalökonomischen Wahrheit, auch der bürgerlichen, bewahrt und lernte, daß die Nationalökonomie nichts weiter ist als die Summe der Konsequenzen, welche aus dem jeweiligen Zustand der gewerblichen, industriellen und sozialen Entwicklung gezogen sind (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen) und daß sie sich mit ihnen verändern. Ich glaube nicht an die absoluten, ewig gleichbleibenden Wahrheiten der bürgerlichen Nationalökonomie. Insofern dessen halte ich mich auch befähigt, mitzuwirken an der Gestaltung der nationalen Verhältnisse, und ist der Antheil, den ich dem Staate und der Gesamtheit zuschreibe bei der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, immer sehr groß gewesen. Insofern dessen ist aber auch meine Unbefangenheit der Beurtheilung der Dinge groß gewesen, weil sie eine realistische und historische ist. Was nun Abgeordneter Bebel mit diesen Sachen will, ist mir unverständlich. Denn ich kann nicht annehmen, daß er bloß denunziren (Lachen bei den Sozialdemokraten). Sehr gut! bei den Nationalliberalen) oder den jungen, grünen Menschen, dem erfahrenen Mann entgegenstellen wollte. Als Autorität kann er sich auf den ersteren gegen den letzteren doch unmöglich berufen (Weiterkeit). Auf die andern Behauptungen und die entsetzlichen Ueberreibungen des Abg. Bebel gebe ich heute nicht ein, weil ich mich an den leider gefassten Beschluß des Reichstages halte; ebenso wenig auf die Frage, ob das Programm der Regierung ein revolutionäres sei. Aber es ist doch auffallend, daß er, der begonnen hat als Agent des Nationalvereins und dann übergegangen ist zu den Kommunisten, nunmehr behauptet, ein konservatives Steuerprogramm dem hohen Reichstag Deutschlands empfehlen zu können. (Weißfall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Graf Posadowski: Ich behalte mir vor, alle Unrichtigkeiten des Abg. Bebel bei der Generaldebatte über die einzelnen Steuervorlagen zu widerlegen.
Unter großer Heiterkeit ertheilt der Präsident das Wort dem vierten Redner von Bundesrathstisch.
Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts Gollmann: Herr Bebel hat auf grund eines Zeitungsartikels Angriffe gegen die Marine und das Flottenmaterial erhoben und sich auf sachmännische Urtheile berufen. Die „Köln. Zig.“ ist für mich in diesen Angelegenheiten nicht sachmännisch. Ich weiß nicht, ob Herr Bebel den Verfasser des Artikels kennt, ich habe nicht die Ehre, weiß aber, daß er nicht Sachmann ist. Ich halte ihn für einen Menschen, der zum ersten Mal an Bord gekommen und seetruant geworden ist und darüber mit dem Leben und mit dem Schiff sich erzirt hat. (Heiterkeit.) Die Vergangenheit der Schiffe

demokratischer Grundlage stehend, die Interessen der Berufsangehörigen dem Kapital gegenüber wirklich vertritt?

Wegen eines Sittlichkeitsverbrechens, begangen an der 14-jährigen Tochter des Restaurateurs Sch. in der Reuthstraße ist am Sonnabend der Hausdiener L. verhaftet und in das Moabiter Untersuchungsgefängnis überführt worden.

Das Ententeich-Projekt wird wieder lebendig. Bekanntlich hatte die Stadtverordneten-Versammlung am 6. Okt. d. J. die Vorlage des Magistrats, betr. die Umgestaltung des Schlossplatzes und eines Theils des Südens der Königsstraße, abgelehnt und eine Vorlage verlangt, die sich mit der Verbreiterung der Königsstraße auf der Nordseite zwecks Umbaus der Kurfürstentorbrücke und Regulierung der Spree endlich beschäftigte.

Eine Explosion hat vorgestern Nachmittag um 1 Uhr in der am Schiffbauerdamm 17 eine Treppe hoch gelegenen Wohnung des Premierlieutenants Harrländer vom 1. bayerischen Feldartillerie-Regiment stattgefunden.

Ein räuberischer Heberfall wurde vorgestern Nachmittag an einer Frau im Hause Rainystr. 79 begangen. Bei der im Keller des besagten Hauses wohnenden Ehefrau des Maurers Hauff erschien Freitag in der vierten Nachmittagsstunde ein junger Mann, der sich Reh nannte und nach dem Gatten fragte; auf die Antwort, Hauff arbeite auf dem Zentralviehhofe, sagte der Fremde, es handle sich nicht um einen Besuch, sondern um Geld.

Sechs geheizte Pferdeabfuhrwagen hat die Berlin-Charlottenburger Gesellschaft auf der Linie Kupfergraben-Charlottenburg eingesetzt. Vieleicht folgt die Große Berliner Pferdeabfuhr-Gesellschaft diesem guten Beispiel auch in einigen Jahrzehnten nach.

Die jugendliche Hochstaplerin, die sich unter dem Namen Martha Reubin bis Mitte dieses Monats in dem Hotel Merkur in der Friedrichstraße aufgehalten hatte und plötzlich verschwand, nachdem sie als die unverheiratete Amalie Tische erkannt war und von der Polizei gefasst wurde, hat auch in der Umgebung Berlins Gastwirthe beschwindelt, bei denen sie sich gleichfalls unter falschen Vorspiegelungen eingemietet hatte.

In einem Omnibus gestorben ist am Sonnabend Nachmittag um 6 Uhr ein etwa 60 Jahre alter Greis mit Vollbart, der auf der Linie Oranienplatz-Mit-Moabit fuhr und am Kriminalgericht anzuheften beabsichtigte.

„Zimmer herein, meine Herrschaften, immer herein, zwanzig Pfennige kostet nur der Platz, zwanzig Pfennige für sämtliche bewährten antisemitischen Reichstags-Abgeordneten und Volksmänner!“ Das dumme Volk, das vor der Thüre stand, wo der Marxschreiber seine Maritaten anpries, ließ sich ziemlich regelmäßig betören, zahlte seinen Obulus, trat ein in die Bude und fand dann, wie immer auf Schaustellungen, die mit Lausam angekündigt werden, daß der Hauptspass eigentlich draußen und drinnen eitel Schund sei, daß nur irgend ein antisemitischer Värmacher allerordentlichsten Grades in der mit Nieselnentien angekündigten Versammlung sein ungebildetes Wesen trieb.

In Ihrer werthen Zeitung sind wiederholt Anzeigen über Versammlungen in Berlin gebracht worden, bei denen s ä m t l i c h e

Abgeordneten der Reformpartei anwesend sein sollten. Die fraglichen Herren Abgeordneten waren nicht einmal davon in Kenntniß gesetzt und verwarren sich gegen eine derartige Klamme mit ihrem Namen.

Ueber acht Tage als Leiche in der Wohnung gehangen hat der sechzig Jahre alte Tischler Karl Beseher. Der nach dem Tode seiner Frau einsam daselbstende Mann wohnte Torfstraße 15-16 und war als Trunkenbold bekannt.

Ein Attentatsversuch auf den Reichskanzler? Das Depeschendepartement meldet: Unter den für den Herrn Reichskanzler Grafen von Caprivi bestimmten Eingängen, welche in dem Dienzimmer des Adjutanten Wilhelmstraße 77 abgegeben werden, befand sich am Sonntag, den 26. d. M., ein Brief aus Orleans, den 23. November 1893, nebst einem dazu gehörigen Kärtchen in der Größe eines Visitenkarten-Kartons.

Eine Bestätigung dieser Meldung ist abzuwarten.

Polizeibericht. Am 25. d. M. wurde Vormittags ein Mann in seiner Wohnung, in der Reichsstraße, Abends ein Tischler in seiner Wohnung, in der Torfstraße, und am 26. d. M. Nachmittags ein Rentier in seiner Wohnung, in der Schönhauser Allee, erfangt vorgefunden.

Vermischtes.

Ein Gegenwartsbild. In Leipzig entfallen die Sittlichkeitsvereine seit einiger Zeit eine erge Thätigkeit. Alle Rasenlängen kommt ein Sittlichkeitsapostel, um der bösen Welt die Laster vorzuhalten. Daß diese Herren in Klein-Paris ein großes Feld zu bearbeiten haben, beweisen die häufigen Sittlichkeits-Standale der „besseren“ Gesellschaft; daß sie aber ganz erfolglos kämpfen, sollte ihnen der Verstand sagen.

Herr Dr. med. Rudolf K hat, wie die Kontrahenten übereinstimmend wissen, mit Frau Marie verheh. I während ihrer Verheirathung mit Herrn Hermann J den Weispruch vollzogen. Herr Hermann J hat wegen dieses Ehebruchs gegen seine Ehefrau Klage auf Eheauflösung erhoben.

Herr und Frau J verpflichten sich ferner, ihren Wohnsitz in J sofort aufzugeben und an einem anderen Orte zu nehmen, fortan Stillschweigen über ihr Verhältnis zu Herrn Dr. K und über den Vertheil desselben mit Frau J und über den Inhalt dieses Vertrages gegen jedermann zu beobachten und an Herrn Dr. K keinerlei Geld- und sonstige Ansprüche mehr zu erheben.

Weiter verspricht Herr Dr. K, eine bestimmte Geldsumme zu zahlen. Beide Parteien haben diesen Vergleichsvertrag in Gegenwart einer angesehenen Ordnungsgemäße unterschrieben. — Nicht wahr, ein niedliches Bild. Dazu kommt noch, daß Herr Dr. K die „Belanntschaft“ der Frau J machte, als er sie ärztlich behandelte und der Gemann J in nicht nächstem Zustand war, als er den „Vergleichsvertrag“ unterschrieb.

Literarisches.

Buch der Freiheit, gesammelt und herausgegeben von Karl Hendell. Das ist die literarische Festgabe, welche die Buchhandlung des „Vorwärts“, Berlin, Reuthstraße 2, auf den diesjährigen Weihnachtsmarkt niederlegt. Seitdem die untern Sozialistengesetz in der Schweiz erschienene revolutionäre Gedichtsammlung „Vorwärts“ im Buchhandel vergriffen, ist in der deutschen Arbeiterschaft das Bedürfnis nach einem ähnlichen Buche lebhaft empfunden worden.

Die leitende Grundidee des Buches sagt Hendell in der Widmung, ist der moderne, ökonomisch-politische Freiheitsbegriff in seiner verschiedensten Anwendung, so wie ihn in erster Linie das organisierte Proletariat erfaßt und verstanden hat, einmal als Erbe unerfüllter Ideale und sodann als Erzeuger und Träger neuer Bewußtseinsforderungen der Menschheit.

Das Buch der Freiheit umfaßt daher nicht bloß unsere Parteidichter, und auch nicht bloß das jüngste Deutschland, obgleich dies begrifflicher Weise sehr stark vertreten ist, sondern auch die älteren, die besten Namen der deutschen Dichter-Republik sind in diesem Hendellschen Buche der Freiheit und Schönheit vertreten: Goethe, Schiller, Uhland, Rückert, Heine, Hebel, Platen, Freiligrath, Herwegh, Sallet, Hoffmann v. Fallersleben u. s. w., auch die Schweizer und österreichischen Freiheitskämpfer fehlen nicht: Lenau, Beck, Grün, Hartmann, Keller u. s. w. Und wie es bei dem Charakter der Bewegung, der zu dienen das Buch bestimmt ist, sich von selbst versteht, hat Hendell keine nationalen Grenzen respektiert, sondern auch formvollendete Uebersetzungen aus fremden Sprachen beigelegt.

Das Buch der Freiheit erscheint, elegant ausgestattet, in zwei Bänden, je ca. 20 Bogen stark, zum Preise von 1,75 M. broschirt, in Prachtband gebunden komplett 5 M. Vorausbestellungen, soweit sie bis 10. Dezember

eingehen, werden zu ermäßigten Preisen effectuirt: 1,75 M. für jeden Band und 4,50 M. für den Prachtband. Die deutsche Arbeiterwelt wird diese Festgabe willkommen heißen. Für den fremden- und Familienkreis haben unsere Genossen kein würdigeres Festgeschenk als dieses Buch der Freiheit, das Hendell den Hand- und Kopsarbeitern deutscher Zunge mit folgenden Worten widmet:

„Möge es ihnen Hammer der That und Glocke des Gedankens, Anker im Kampfe der Tage und Genosse stillerer Stunden sein, Feueräule aus der Dede der Lebensnoth und Oase der liebesdürstigen Seele.“

Sozialpolitisches Zentralblatt, herausgegeben von Dr. Heinrich Braun (Carl Heymanns Verlag in Berlin, vierteljährlich 2,50 M.). Die soeben erschienene Nr. 9 hat folgenden Inhalt: Die „Liebesgabe.“ Von Privatdozent Dr. J. Jastrow. — Soziale Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsstatistik: Gelehrtenrat betr. den Unterhaltungswohnort. — Novelle zur Konturordnung. — Sozialpolitische Anträge im Reichstag. — Zur Statistik der deutschen überseeischen Auswanderung. — Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit in Jülich. — Grimstättengesetz in Frankreich. — Eheauflösung in Amerika. — Der Jenius von Indien. — Soziale Zustände: Monographien von Landgelehrten über die Lage der Landarbeiter. Von Privatdozent Dr. Max Weber. — Untersuchungen über die Lage des Handwerks. — Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung: Zur Polemik über die deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker). Von Georg Ledebour. — Der Kongreß der Tabalarbeiter Deutschlands. — Die Beendigung des englischen Kohlengräber-Ausstandes. — Politische Arbeiterbewegung: Sozialdemokratischer Kongreß in der Schweiz. — Vermischtes: Eine Kommunistengemeinde von Australien.

Arbeitsmarkt.

Einen Biauo-Fertigmacher und einen, der auch Stimmen und Intoneuren kann, nur tüchtige Kraft, wird sofort oder später gesucht. Zeugnisse mit Gehaltsansprüchen an Noerdlev Warggaard, Pianofabrik Rørdre Aaby, Dänemark. 354b

Tüchtige Umbrucker, sowie lithographische Maschinenmeister werden angefragt. Muster nebst Zeugnisfokopen und Angabe der Gehaltsansprüche an Carl Louis Posner & Sohn, 355b Budapest, VI. Gessergasse 31.

Reisbedreter und Griffe für Puhler u. Maurer stets vorräthig 2886b Schmidstr. 31, v. R.

Verlagsgeschäft, geschäftl. Artikel (Partei), geringe Kapitalanl., zu verk. Offerten „Consum“ Postamt 26 erbeten.

Rechts-Bureau.

Mendelsohnstraße 14 von 3-9. Rath und zuverlässige Ausführung in allen Rechtsangelegenheiten. 18198L* Topolinski, jr. Bureauvorsteher.

Parteigenossen empfehle mein Bier-Lokal und Destillation. S. Siejak, Blumenstr. 3, 2524b Ede Wallnertheaterstr.

Konversations-Lexikon von Meyer und Brockhaus laust Lederer, Kurstr. 37. 5178b

Neues Club-Haus

72, Kommandantenstr. 72. 30b 5 Säle (Bühne) zu Festlichkeiten u. Versamml. Amt 17421. H. Ebert.

Boltz's Festsäle,

vorn. Feuerstein, S. Alte Jakobstraße 75. Gr. u. II. Säle zu Festl. u. Vers. Boulaute Wd. T. H. 1, 1082. 12400b

Tempel's Bierhaus

Langestraße 65. 5147L* Gr. Vereinszimmer mehrere Tage frei.

Gesucht kleinen gebrauchten Dampfkeffel, 10-20 Pfr. Inhalt (inkl. Dampf) mit Feuerung, laust Weiland, Alt-Moabit 35. 447b

Ein Vereinsschrank — ev. gebraucht — wird z. kaufen ges. Gesl. Off. an A. Knoll, Embdenstr. 42. 457b

Vereinszimmer noch Tage frei Bruchstr. 18. 459b

Schlaff. f. 2 P. Dranienstr. 13, 2 Tr. r.

Freundl. Schlaff. zu verm. bei Hoffmann, Rainystr. 32, 3 Tr. 450b

Freundl. Schlaff. Pringenstr. 111, S. III

Schlaffstelle oder leere Stube verm. Behrendt, Waldemarstr. 17, 1 Tr.

Parteigenosse (Buchdr.) sucht als Redakteur eines Parteiblattes sofort oder später Stellung. Gesl. Off. u. „Redakteur“ an d. Exp. d. „Vorwärts“. 442b

Freil. Schlaff. f. Genossen d. Rudat, Kirchbachstr. 7, v. 4 Tr., Nähe Potsdamerstraße. 884b

Feine möbl. Schlaff. verm. David, Barnimstr. 12, 2. Ogb. 3 Tr. 444b

Eine freundl. Schlaffstelle (7 M.) zu verm. Jossenerstr. 34 bei Schäfer.

Sep. Schlaff. Dranienstr. 187, St. III.

Ans. Mann, f. j. 1. Dezember Logis, möbl. allein, bei kinderl. Leut. W. Off. m. Pr.-Ang. erb. u. C. S. 86, Postamt 19.

Soziale Ueberlicht.

Die Freie Vereinigung der Bureau-Angestellten für Berlin und Umgegend beauftragte die unterzeichnete Kommission mit der Errichtung eines Stellennachweises. Derselbe ist nunmehr im Hause Dragonerstr. 40, 3 Tr., errichtet und geöffnet vom 1. Dezember d. J. ab täglich von 9-1 und 4-8 Uhr. Hiermit verbunden ist gleichzeitig eine Schreibstube errichtet, in der arbeitslose Schreiber beschäftigt werden sollen und richten wir deshalb an Schriftsteller, Zeitungsredaktionen, Theaterdirektionen etc. das Ersuchen um Uebergabe von Schreibarbeiten.

Während der Bureaustunden wird auch den übrigen Arbeitern in Zivil- oder Strafprozessen etc. u. n. t. g. e. l. l. i. c. h. sachmännischer Rath erteilt und deshalb um rege Benutzung der Einrichtung ersucht. An die Bureau-Angestellten richten wir das Ersuchen, sich im Falle der Stellenlosigkeit im Bureau zu melden. Die Stellenvermittlung geschieht für alle Kollegen unentgeltlich. In den nächsten Tagen wird an die Arbeitgeber, sowie an die Kollegen ein Zirkular zur Versendung gelangen und ersuchen wir um rege Verbreitung desselben.

B. A. H. o. r., Bureau-Vorsteher, Schulz, Bureaugehilfe, Treßlowstraße 10, Urbanstraße 85.
B. a. d. o. u. i. n., Bureau-Ang., H. D. o. p. p., Schreiber, Diekmannstraße 7, Anklamstraße 30.

Der Streik auf der Belg. Valley-Eisenbahn dauert fort; der Güterverkehr wird nur mit Hilfe unorganisierter Arbeiter aufrechterhalten. Man glaubt wegen der in Pennsylvania verübten Gewaltthaten allgemein, daß der Gouverneur von Pennsylvania die Bürgerwehr einberufen wird.

Der Streik der Höfischer in Wien ist beendet. Die Arbeitgeber haben die Forderungen bewilligt, ebenso die achtstündige Arbeitszeit zugegeben.

Der Streik der Drucker bei Herrn Arnold Fröhlich in Rannersdorf bei Schwetach (Oesterreich) wurde nach elf Tagen zu gunsten der Arbeiter mit dem Versprechen beendet, daß vom Komitee niemand entlassen wird. Erreicht wurde eine Lohnerhöhung von etwa 10 pCt.

Die geistigen Waffen unserer Gegner, die sich durch große Schärfe niemals ausgezeichnet haben, versagen vollkommen und so weichen sie denn einer Auseinandersetzung mit unseren Parteigenossen möglichst aus. Die freie Öffentlichkeit wird ihnen gefährlich. Dies beweist wiederum die Einladung, welche in diesen Tagen betreffs der Stadtverordnetenwahlen in Coswig vertheilt wurde. Diefelbe lautete:

Geehrter Herr!

Hierdurch erlaube ich mir, Sie zu der am Donnerstag, den 28. d. Mts., Abends 8 Uhr, im Hofstetischen Saale stattfindenden Bürger-Versammlung zwecks Aufstellung einer Kandidatenliste zur Stadtverordnetenwahl ganz ergebenst einzuladen und um Ihr Erscheinen zu bitten.

Front gegen die Sozialdemokratie!

NB. Dieser Zettel gilt als Legitimation beim Eintritt. Wie würden die Gegner erst vor der freien Öffentlichkeit ins Aufwachen kriechen, wenn auch für die Gemeindevahlen das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht bestände!

Die traurigen Verhältnisse der Textilarbeiter in Chemnitz haben dadurch wieder eine Illustration erfahren, daß eine der größten hiesigen Webereien eine Lohnreduktion um 10 pCt. vorgenommen hat.

Die Ueberlastung unserer deutschen Fabrik-Inspektoren ist eine längst bekannte Thatsache; nur den Bundesregierungen scheint dies nicht einleuchten zu wollen. So sollen die großherzoglich Darmstädtischen Inspektoren in Zukunft auch noch zu besonderen Diensten in Unfall-Versicherungsgesellschaften Verwendung finden. Die eigenen Berichte der Beamten lassen deutlich genug erkennen, daß nicht eine Mehrbelastung derselben, sondern eine Vermehrung von Beamten am Platze wäre.

Herr Möser, Aufsichtsbearbeiter des ersten Bezirkes, gibt in seinem Jahresbericht an, daß ihm die Aufsicht über 744 Fabrikbetriebe übertragen sei, daß er aber im Berichtsjahre nur 579 gewerbliche Anlagen besucht und 184 Tage auf Dienstreisen zugebracht habe. Nach dieser Mittheilung war es dem Beamten demnach nur möglich, die Hälfte der ihm unterstellten Betriebe besuchen zu können. Herr Krauß, der Aufsichtsbearbeiter des 2. Bezirkes, erklärt, daß er mehr als zwei Jahre bedürfe, um die in seinem Bezirke befindlichen 805 Betriebe zu besichtigen, er konnte im Berichtsjahre nur 280 gewerbliche Anlagen besuchen und verbrachte 112 Tage auf Reisen.

Für die Einstellung von mehr Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren hat unser Militärhaushalt kein Geld übrig. Im lächerlichen Etat ist z. B. die lächerlich geringe Summe von 127 000 M. für das Fabrikinspektorat vorgesehen. In den anderen Bundesstaaten herrscht in solchen Dingen bekanntlich dieselbe Anarchie.

Erschreckend ist die Steigerung der Unfälle in Nieder-Oesterreich:

Im Jahre 1890. . . . 4392 Verletzte, darunter 95 Tode
1892. . . . 7777 114
Eine Vermehrung um 74 pCt., beinahe um Doppelt! Und — gemeldet und gemeldet wird das ganze Jahr im Geldsachinteresse, und den blauen Teufel kümmert man sich um die geschlichen Arbeiterversicherungsbestimmungen.

Die Zahl der von der Leuser Grubengesellschaften entlassenen Arbeiter beträgt gegenwärtig 725.

Verhungert ist im sächsischen Erzgebirge noch Niemand. So „plump“ ist die deutsche Sprache denn doch nicht. Aber bedrückender ist doch zugegeben, daß schon Leute wegen Mangel an geeigneter Nahrung an Entkräftung gestorben sind. Daß die Ausbeutung der Arbeiter gerade im Erzgebirge so weit gediehen, daß zahlreiche Familien dem langsame Hungertode verfallen müssen, ist eine Thatsache, die auch durch die beschönigende Sprache der Verwaltungsorgane nicht hinweggelugnet werden kann. Ueber die Löhne, die in der dortigen Postamentenbranche gezahlt werden, berichtet ein Annaburger Blatt:

Eine Postamentenarbeiterin brachte es dieser Tage bei angestrengter Thätigkeit auf 2 Pfennige pro Stunde; eine andere Arbeiterin auf einem benachbarten Dorfe, welche nach Annaberg liefert, verdient täglich bei einer Arbeitszeit von früh 8 Uhr bis Abends 10-11 Uhr 27 Pfennige; ein hiesiger Stuhlarbeiter bei gleicher Arbeitszeit 4 M. und 16 Pf., ein anderer etwas über 5 M. wöchentlich!

Aus der „Wilden Schweiz“ wird mitgetheilt, daß die eidgenössische Waffenfabrik die achtstündige Arbeitszeit eingeführt hat.

Die Willkür der russischen Fabrikanten. Von einem Kenner russischer Verhältnisse geht uns folgendes zu:

Ein Bild von den entsetzlichen Arbeiterzuständen in Rußland enthält folgender Fall, der leider nicht vereinzelt dasteht. Bereits seit 20 Jahren existirt in Oberon die Weißsche Darmfabrik, wo mehrere Hunderte von Arbeitern thätig sind. Ihre Verhältnisse traten durch einen Konflikt zwischen der Polizei und dem Fabrikbesitzer erst vor kurzem ans Tageslicht. Ein Polizeibeamter verklagte jenen, daß die Arbeiter der Fabrik gezwungen seien, schon um 1-2 Uhr Nachts die Arbeit aufzunehmen, um sie erst am nächsten Tage spät Abends niederzuliegen, so daß die Arbeiter 18-20 Stunden täglich arbeiten mußten. Die geringste Verspätung wurde mit sehr harten Geldstrafen geahndet. Die polizeiliche Verordnung, die Arbeitszeit nicht über 12 Stunden auszudehnen, blieb, was häufig in Rußland wegen der Bestechlichkeit der Beamten der Fall ist, vollständig unbeachtet. Beim Verhör des Fabrikbesizers wurde festgestellt, daß dieselben überhaupt keine bestimmte Arbeitszeit hatten, sondern völlig der Willkür des Fabrikdirektors ausgeliefert waren. Und welche Urtheile fällt der Gerichtshof über den Fabrikanten, der in so unerhörter Weise die Arbeiter 20 Jahre hindurch tyrannisierte? Eine Strafe von 20 Rubeln! Für 20 Jahre Zwangsarbeit, der die Arbeiter ausgesetzt waren — 20 Rubel! Also 1 Rubel für 1 Jahr.

Aber auch die deutschen Pastoren in Mittau (Rußland) stehen den russischen Fabrikanten nicht nach. Sie wollen sogar nicht mehr und nicht weniger als die „Leibgenossenschaft“ wiederherstellen. Sie verlangen nämlich, daß die Bauern und deren Frauen der Reihe nach eine gewisse Anzahl von Tagen im Jahre für sie umsonst arbeiten. Als einzige Dörfer dieser Forderung nicht nachkommen wollten, verklagten die Pastoren dieselben. Bei der Gerichtsverhandlung behaupteten die Pfaffen, daß auf Grund der „kirchlichen Rezepte“ von 1662 und „12 Paragraphen“ vom 17. Jahrhundert die Bauern verpflichtet wären, für die Pastoren umsonst zu arbeiten. Vor diesen archaischen Angaben blieben die Richter wie die Ochsen vor dem Berge stehen, weil sie nicht imstande waren, wegen Unkenntnis auf dem Gebiete des „Kirchenrechts“, die Angaben zu kontrollieren. Und so wurden auch die Forderungen der Pfaffen anerkannt.

Kolonel Streater, der „Held von Homestead“ ist, wie die New-Yorker „Volk-Zeitung“ meldet, wegen Diebstahls verhaftet worden. Genanntes Blatt schreibt:

W. M. Streater, welcher f. J. im Lager von Homestead den Militärsoldaten Jams an den Daumen anhängen und dann aus dem Lager trotteln ließ, wurde heute wegen Diebstahls von silbernen Töpfeln vor Richter Gillespie geführt. Nachdem er sämtliche gestohlene Sachen zurückgegeben hatte, wurde er entlassen. Die silbernen Töpfel sind in verschiedenen Lokalen gestohlen worden. Der edle Kolonel gab an, daß er die Absicht gehabt habe, für die Silberfachen später zu zahlen. Man will jetzt Schritte thun, um Streater zu zwingen, den Dienst bei der Pennsylvania Militz zu quittieren.

Welch ein ungebildetes Volk doch die Amerikaner sein müssen. Bei uns hätte man Neptomanie konstatirt oder aber man hätte ihn auf seinen geistigen Zustand hin geprüft.

Gerichts-Beitrag.

Eine Kleiderinnen-Kostümfrage beschäftigte gestern die 8. Strafkammer, deren Oberprokurator der Schanbooths Herrmann Schulz in einer Anklage wegen Schanbooths-Kontravention angesetzt hatte. Der Angeklagte ist Geschäftsführer im Prosy'schen Restaurant in der Linienstraße und wurde beschuldigt, die dort verweilenden Kleiderinnen in ein auffällendes Kostüm gekleidet zu haben. Er hatte Widerspruch dagegen erhoben und f. J. seine Kleiderinnen in Originalkollern mit an Gerichtsstätte gebracht. Die jungen Damen präsentirten sich damals durchweg in Bloufen von hellgelbem, mit schwarzem Sammet bunt besetztem Stoffe. Da die Polizeiverordnung vom 27. Juli 1892 den Kleiderinnen nicht nur verbietet, auffällige Kleider zu tragen, sondern ihnen nur gestattet, durchaus unauffällige Kleidung zu tragen, so war das Schöffengericht der Meinung, daß die hellgelben Bloufen hierzu nicht zu rechnen seien, und es verurtheilte den Angeklagten zu 3 M. Geldbusse. — In der Berufungsinstanz suchte Rechtsanwalt Leop. Meyer nachzuweisen, daß die angezeigte Kleidung nichts Auffälliges und Anstößiges an sich habe. Der Gerichtshof schloß sich dieser Meinung an und sprach den Angeklagten wegen dieser Uebertretung frei.

Ein widerwärtiges Sittenbild beschäftigte gestern die VII. Strafkammer hiesigen Landgerichts I in mehrstündiger Sitzung. Aus der Anklagebank sah ein Tischler Schmidt und 8 junge Burschen im Alter von 18 bis zu 20 Jahren, um sich auf eine Anklage wegen Kuppel, Erpressung, Verführung, Diebstahl u. s. w. zu verantworten. Die Angeklagten bildeten eine förmliche Bande, welche unter Anführung des Hauptangeklagten Schmidt allabendlich in der Friedrichstraße ein schwachvolles Treiben anstellte. Nach der Art läderlicher Dirnen bummelten die jungen Burschen die Straße auf und ab und suchten mit Herren anzubandeln, welche moralischen Verirrungen nachgehen. Auf der anderen Seite der Straße flunkerte der Angeklagte Schmidt, welcher die jungen Burschen, über welche er eine ungebührliche Gewalt hatte, durch Versprechungen, Drohungen und manchmal durch Schläge zu ihrem lichtscheuen Treiben anhielt. Hatte einer der Passanten sich in ein Gespräch mit diesen widerwärtigen Lockvögeln eingelassen, dann begann die Arbeit des Angeklagten Schmidt: Wie aus der Fersele erschienen er plötzlich auf der Rückseite, geriet sich als der Vormund, der Beherrschende, d. h. der jungen Burschen und schüchteste die Opfer durch allerbald Drohungen demselben ein, daß in vielen Fällen ein anständiges Schweigegeld für ihn herausschaute. Die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Verhandlung soll abschreckende Dinge an den Tag gebracht und die jungen Burschen, welche zu dieser unmoralischen Aktiengesellschaft gehörten, auf hoher Stufe menschlicher Verworfenheit gezeigt haben. Der Angekl. Schmidt, welcher sich vor Gericht als ein überaus roher Patron zeigte, wurde zu zehn Jahren Gefängnis verurtheilt. Die jugendlichen Angeklagten kamen mit geringeren Strafen davon, doch gingen diese auch bis zu 1 1/2 Jahren Gefängnis hinauf.

Versammlungen.

In einer öffentlichen Versammlung der Drechsler, die am 28. November stattfand, hielt Herr Joel einen Vortrag über: „Unsere Nahrungsmittel“. Nach kurzer Debatte über den Vortrag wurde in eine Besprechung der Verhältnisse in der Orts-Kantenenklasse eingetreten. Kollege Post ermahnte zum Schluß, in der Versammlung zur Wahl der Delegirten vollständig am Platze zu sein.

Die Lederarbeiter (Weißgerber, Ledgerer etc.) hatten sich am 28. d. M. recht zahlreich auch mit ihren Frauen versammelt und hörten mit regem Interesse einen Vortrag des Hrn. Wabnitz über „Andere Länder, andere Sitten“. Im Anschluß hieran gab

der Delegirte zur Gewerkschaftskommission seinen Bericht und die Wahl der Revisoren statt. Als solche wurden gewählt die Kollegen Knoblich, Wächner und Walz. Zur Tagesordnung stand ferner die Regelung des Unterstützungswesens für durchreisende Kollegen. Die Versammlung erklärte sich mit der Aufhebung des bisherigen Verhältnisses und der Einführung eines alles gleichbelastenden Systems einverstanden und beschloß, zu Zwecken des Unterstützungswesens eine monatliche freiwillige Steuer von 10 Pf. zu erheben. Das Verzeichniß (Berberge) befindet sich Prinzen-Allee 14. Nachdem noch an die Besetzung der Lokal-Kontrollisten erinnert worden war, bewilligte die Versammlung für die Wiener Holzgerber 30 M. und für die ausländischen Magdeburger Weißgerber 30 M.

Die Maurer und Puger hielten am 26. d. M. eine öffentliche Versammlung ab. In derselben referirte Kollege Albert Paul über „Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie“. Derselbe behandelte in seinem Vortrage die Vorgänge auf dem Parteitag in Köln und hatte das Gefühl, daß es mit der Liebeserklärung an die Gewerkschaften nicht ganz richtig sei. Auch war er nicht in Uebereinstimmung mit der Meinung, welche nach seiner Darstellung Bebel geäußert haben soll, daß nämlich die Gewerkschaften ihre Aufgaben erfüllt haben. Nach seinem Dafürhalten hätten die Gewerkschaften höhere Aufgaben zu erfüllen, als einige Groschen höheren Lohn u. dgl. m. zu erringen. Er erblickte das Ideal der Gewerkschaften darin, die indifferenten Arbeiter heranzuziehen und sie zu tüchtigen Sozialdemokraten zu machen. Falsch sei, zu behaupten, daß die Gewerkschaften im wirtschaftlichen Kampfe machtlos seien. Wenn die Gewerkschaften heute weniger Erfolge zu verzeichnen hätten, so sei nicht zu übersehen, daß sie jetzt einem organisierten Unternehmertum gegenüberstünden. Nicht zu leugnen sei, daß mit dem Niedergang der Gewerkschaftsbewegung auch die politische Bewegung zurückgegangen sei, und wieweil der Vortragende hierauf auf das Saarbrücker Vergewaltiger. Die Fortschritte der Volksaufklärung seien nicht zu bemessen mit dem großstädtischen, sondern mit dem kleinstädtischen und ländlichen Maßstabe. Und dort sehe es noch recht trübe aus. Den Gewerkschaften seien noch große Aufgaben vorbehalten auf dem Gebiete der Organisation und Bedienung des Solidaritätsgesetzes. Der Sozialdemokratie ist nicht gebietet mit einer burlesken Massen, sondern mit aufgeklärten zielbewußten Anhängern. Die Gewerkschaften hätten den Arbeitern das wirtschaftliche ABC beizubringen, dann erst sei weiter zu ergehen. Auf diesem Wege würden die Gewerkschaften sich kräftig gestalten. Referent erörterte weiter die Vortheile und Aufgaben der Gewerkschaftsorganisation und ermahnte zum Schluß seines Vortrages die Berliner Maurer zur Einigkeit. Alle Gewerkschaften, insbesondere die Förderer der Gewerkschaftsbewegung, waren zu dieser Versammlung eingeladen und hatten auch eifrig Vertreter anderer Gewerkschaften dieser Einladung Folge geleistet. Es sprachen in der Diskussion Tagesreferent Feder, Bäcker Mosz, Maurer Behrendt, Puger Dähne, Steinweg Schlecke, Maurer Limanowski, Maurer Gröppler, Maurer Herrmann, Maurer Ringenberg und Maurer Franz Schulz. Die lange Debatte endete leider wieder mit persönlichen und gewerkschaftlichen Streitigkeiten, so daß die letzten Punkte der Tagesordnung nicht erledigt werden konnten.

Die Glasarbeiter hielten am 26. November in der geistlich Reichschoch'schen Brauerei in Stralau eine gutbesuchte öffentliche Versammlung ab. Nach einem beifällig aufgenommenen Vortrage des Genossen Fritz Hansen über „Luther und seine Zeit“ erstattete der Vertrauensmann Jander den Rapportbericht für die Zeit vom 1. September 1892 bis Ende August 1893. Die Einnahmen betragen 589 M. Davon wurden 499 M. an den Vertrauensmann der deutschen Glasarbeiter, Horn (Dresden-Lößnitz), eingesandt und 90 M. für Infanterie ausgegeben; somit verblieb ein Bestand von 84,95 M. An den freiwilligen Sammlungen beteiligten sich 199 Kollegen. Die Revisoren Barth, Jey und Gabel bestritten diese Abrechnung. Zum Vertrauensmann wurde Paul Börner, Stralau, Dorfstraße 10b wohnhaft, gewählt. Hierauf entspann sich eine längere Diskussion über die Frage: „Sind wir Mitglieder der Internationalen Glasarbeiter-Union?“ Jander verlas ein Schreiben des Kollegen Horn-Lößnitz, woraus hervorging, daß dieser die Anmeldung der deutschen Glasarbeiter zur Union noch nicht vorgenommen habe. Der örtliche Vertrauensmann wurde beauftragt, Horn aufzufordern, die Gründe seines Verhaltens entweder im „Fachscheffchen“ oder persönlich in einer zu diesem Zweck einuberufenen öffentlichen Versammlung klarzulegen. Die Versammlung war der Meinung, daß, da die Stralauer Kollegen ihren Pflichten pünktlich nachgekommen sind, sie auch auf Gewährleistung der ihnen dafür zustehenden Rechte Anspruch hätten und nicht willens wären, sich dieselben durch Nachlässigkeit der Kollegen anderer Orte beschränken zu lassen. Horn habe bisher aus Stralau 800 M. erhalten und somit die Pflicht gehabt, wenigstens die Stralauer Glasarbeiter der Union zuzuführen, nicht aber durfte er diese Gelder ausschließlich für andere Zwecke der Vereinigung (Drucksachen etc.) verwenden.

Weißensee. Zur Fortsetzung der aufgelösten Versammlung, die am vorhergehenden Sonntag tagte, hatten sich die Genossen am 28. November im „Prälatten“, Königs-Chaussee- und Hedderstraße-Orde, eingefunden. Die Debatte war bei dem Punkt „die Gewerkschaftsfrage auf dem Parteitag“ abgebrochen. — Der erste Redner, Genosse Ferkenger, vermißt die Objektivität des Delegirten (Genosse Reinhardt), während May und Freiß übereinstimmend betonen, daß vor allem der Klassenkampf der leitende Gedanke der Gewerkschaften sein und bleiben müsse. Erfolge können auch von einer kleinen Organisation erzielt werden, Hauptbedingung ist hierbei die günstige Konjunktur. — Von den genannten Rednern war die Buchdruckerbewegung verchiedentlich gestreift. In seinem Schlusswort bestritt der Genosse Reinhardt, daß die Buchdrucker in irgend einer Frage weniger prinzipiell seien als andere Gewerkschaften, nicht, wie vorher bemerkt worden, durch ihre Intelligenz, sondern durch ihre, zuwiewenigjährige Organisationsarbeit hätten dieselben ihre verhältnismäßig günstige Position errungen. In der politischen Partei wären die Buchdrucker prozentual wohl am stärksten vertreten. Am Schluß der ausgedehnten Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden, mißbilligt jedoch das Auftreten des Abg. Auer gegenüber dem Abg. Legien in der Gewerkschaftsfrage. Die Versammelten verpflichten sich, sich nicht nur der politischen, sondern auch der gewerkschaftlichen Bewegung anzuschließen und mit allen Kräften für Durchführung der Parteitagsbeschlüsse einzutreten.“ — Der Vertrauensmann gab alsdann den Bericht seiner Thätigkeit im letzten Jahre. Die Einnahme seit dem 1. Dezember 1892 betrug infolge eines Bestandes 1193,54 M., die Ausgabe erreicht die Summe von 1019,16 M., es ist demnach ein Bestand zu verzeichnen von 174,38 M. Zu Revisoren werden gewählt: Sohn, Konrad, Schröder und Hildebrandt; zum Vertrauensmann Ferkenger. Beim Kapitel Sozialkommission wurde mit Benutzung konstatiert, daß ein Saalmangel für Weißensee so leicht nicht zu befürchten ist, indem alle Lokale für die Arbeiter zu haben sind.

III. Wahlkreis.

Donnerstag, den 30. November, Abends 8 Uhr, Sebastianstr. 39, in Brodnow's Salon:

Partei-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht der Delegierten vom Parteitage in Köln. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann.

Kommunalwähler-Versammlung für den 29. Wahlbezirk

am Dienstag, den 28. November cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Volzmann, Lichtenbergerstr. 16.
Tagesordnung:
1. Die bevorstehende Stichwahl. Referent Dr. Zadek. 2. Diskussion. Das Komitee.

Verein Berliner Hausdiener.

Dienstag, den 28. d. M., Abends 9 Uhr, im Konisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37:

Großer geselliger Abend.

Der Vorstand.

Gauverein Berliner Bildhauer.

Dienstag, den 28. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Ehrenberg, Annenstr. 16:

Versammlung.

Tagesordnung: Geschäftliches. Vortrag des Hrn. Dr. A. G. Meyer über „Hauptepochen der Lohnbildung“. Bibliothekabend. Beratung der in der letzten Versammlung verfassten Anträge und Verschiedenes. Auf besonderen Wunsch des Herrn Dr. Meyer wird die Versammlung pünktlich eröffnet. Der die Stellungsvermittlung betreffenden Anträge wegen ist zahlreiches Erscheinen erwünscht.
[147/15] Der Vorstand.

Charlottenburg.

Mittwoch, den 29. November, Abends 8 Uhr, im Restaurant Reimer, Salz-Ufer 1 (Ecke Englischerstr.):

Kommunal-Wähler-Versammlung des 5. Bezirks.

Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehende Stichwahl am 4. Dezember und deren Bedeutung. Referent: Genosse Schlossermeister O. Siegerist. 2. Diskussion.
Der liberale Gegenkandidat Lehrer Otto ist brieflich eingeladen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Oeffentliche Versammlung

für den 9. Kommunal-Wahlbezirk

am Mittwoch, den 29. November cr., Abends 8 1/2 Uhr, in Sabel's Brauerei, Bergmannstr. 5-6.

Tagesordnung:
1. Die bevorstehende Stadtverordneten-Stichwahl. Referent: Stadtverordneter Bruns. 2. Diskussion.
Um zahlreiches Betheiligung, besonders der Frauen, ersucht
Das Wahlkomitee.

Freie Volksbühne.

Am Sonntag, den 10. Dezember, findet für die V. Abtheilung eine Vorstellung im Lessing-Theater statt. Zur Aufführung gelangt

Der Weineidbauer, von Anzengruber.

Der Beitrag beträgt 50 Pf.
Am Sonntag, den 3. Dezember findet für die I. Abtheilung
" " " " " II. " "
" " " " " III. " "
Montag, d. 25. " " " " " IV. " "
eine Vorstellung im National-Theater statt. Zur Aufführung gelangt

Die Weber.

Schauspiel aus den vierziger Jahren.
Von Gerhart Hauptmann.

Die Hauptrollen sind wie folgt verteilt: Ansförge, Herr Dir. Löwenfeld (Neues Theater), Moritz Jäger, Herr Gustav Kadelburg (Deutsches Theater), Der rote Bäcker, Herr Wack (National-Theater), Baumert, Herr Panly (Victoria-Theater), Dreißiger, Herr Wackl (Deutsches Theater), Hornig, Herr Dir. Samst (National-Theater), Der alte Diise, Herr Rhode-Obeling (National-Theater), Louise Hilse, Frau Sofie Bliska. 396/17
Laut Beschluß der Generalversammlung kann zu den Vorstellungen „Die Weber“ der Beitrag bis um 50 Pf. erhöht werden; der Vorstand hat demnach beschloffen, einen Zuschlag von 30 Pf. pro Mitglied zu erheben; demnach stellt sich für die ersten 4 Abtheilungen der Beitrag pro Dezember auf 80 Pf.
Die Mitglieder werden dringend gebeten, pünktlich zu den Vorstellungen zu erscheinen.

Der Vorstand der Freien Volksbühne.

J. M.: Julius Türk. SW., Solmsstr. 24.

Metzner's Korbwaren-Fabrik,

Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahlte ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

Musik-

Instrumente wie Zithern, Geigen, Gitarren, Mandolin u. s. w. Größtes Lager Harmonikas jeder Größe. Spieldosen zum Drehen und selbstspielend (alle mit Arbeiter-Liedern), Schweizer Werke. Herophons, Aristons u. s. w. 5165L

Lausitzerstr. 51, Aug. Kessler, Lausitzerstr. 51.

Künstl. Zähne, vorzügl. u. Garantie, schmerzlos, Zahnschmerz beseitigt, schmerzlos, loses Zahnziehen. Theilzahlung. Goldstein, Oranienstr. 123.

Turnverein „Fichte“

(Mitgl. d. deutsch. Arb.-Turnerbundes) eröffnet am 1. Dez. d. J. in der Turnhalle, Stalitzerstr. 55/56, eine

II. Männer-Abtheilung.

Alle Freunde und Gönner, welche sich unserem Verein (den einzigen am Ort bestehenden Arbeiter-Turnverein) anschließen wollen, sind hiermit freundlichst dazu eingeladen.
457/1 Der Vorstand.

Die I. Männer-Abtheilung turnt jeden Mittwoch und Sonnabend von 7/9-1/11 Uhr in der Turnhalle, Friedenstr. 37. Die II. Männer-Abtheilung jeden Dienstag und Freitag von 7/9-1/11 Uhr in der Turnhalle, Stalitzerstr. 55/56. Gäste willkommen.

Gewerkschaften,

die geneigt sind, zur gegenseitigen Ersparnis der 454/2

Arbeiter-Bildungsschule

im Osten und Südosten, sowie im Norden, Zimmer von ihren Räumen der Arbeitsnachweise-Bureau per 1. April ev. früher zu vermieten, bitte mir nähere Angaben schriftlich zu machen.
Robert Flatow, Ballnertheaterstraße 18.

Neuestes Kunstblatt:

„Barrikadenkämpfer“.

Sichtdruck. Cartongröße 48 x 34 cm. Ladenpreis 60 Pf. Händlern Rabatt. Vorrätig in den bekanntesten Geschäften. Selbstverlag von Otto Köhn, Hirtensstraße 5 III. 451b



Empfehle mein Geschäft in frisoanen Blumen und Kränzen. 3528 L

Robert Meyer,

Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Vollständiger Ausverkauf!
Leipzigerstr. 91, 1 Treppe, nur bis 15. Dezember. Jaquets reich garnirt 7,00 M., Jaquets in großartigster Ausführung 12,50 Mark. Seidenplüsch-Jaquets bisher 60,00 Mark, jetzt 28,00 Mark, lange Winterpaletots sonst 80,00 M., jetzt 10,00 M., Capes in herrlicher Ausführung früher 80,00 M., jetzt 12,50 M. Winterwäster mit Pelz und Federbesatz sonst 25,00 M., jetzt 7,00 M., Hunderte Straßen- und Abendröcher in allen Farben bisheriger Preis 80 M., jetzt 20-36 M., 200 Regenmäntel 4,50 nur Leipzigerstr. 91, 1 Treppe. 50902*

Diebe-
he und billige Damenmäntel-Fabrik Berlinstr. 76, 1 Treppe, in Charlottenburg, verkauft Estimo-Jaquets 5-7 1/2 M., Plüsch-Jaquets 15 M., Regenmäntel 3 1/2 bis 7 1/2 M., Capes 7 1/2 M., Plüsch-Jaquets und Damast-Capes von 30 M. an. 5044L*

Uhren-Fabrik Gustav Kersten

Uhrmacher.
Luisenstr. 30, an der Marschallbrücke, u. Kommandantenstr. 5, a. Dönhofspl. 5207L*



Große Auswahl in goldenen und silbernen Ketten, Ringen, Arm-bändern etc. Goldene Trauringe in in allen Sorten und Größen stets vorrätig. Eigene Werkstatt f. Reparaturen. Glasblätter, Union- u. Longines-Uhren. Empfiehlt unter dreijähriger Garantie: Cylinder-Remontoir-Uhren, 6 Steine M. 9
do. mit Goldbrand „ 15
do. stark in Silber mit Goldbrand „ 17
do. auf 10 Steinen „ 20
Silberne Anker-Normal-Uhren, 15 Steine „ 88
Silb. Damen-Remontoir-Uhren, 10 Steine „ 18
Gold. Damen-Remontoir-Uhren, „ 22
Gold. Damen-Rom.-Uhren, 14 f. „ 25
Gold. Herren-Rom.-Uhren, 14 f. „ 45
Regulateure von M. 10-30
Weckeruhren, Untergang M. 3 1/2-4 1/2
Weckeruhren mit Musik „ 10-12

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Beuth-Str. 2.

Folgende in unserem Verlage erschienenen

Gesetzes-Ausgaben

empfehlen wir zur Anschaffung:

Kranken-Versicherungs-Gesetz vom 15. Juni 1883 in der Fassung der Novelle vom 10. April 1892. Mit erläuternden Anmerkungen, einem Anhang, enthaltend: die Ausdehnung der Unfall- und Kranken-Versicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen und das Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen und alphabetischem Sachregister. — Taschenformat. — Eleg. cart. 285 Seiten. M. 1,20

Gesetz, betr. die Gewerbegerichte. Vom 29. Juli 1890. Mit erläuternden Anmerkungen, einer Uebersicht des Inhalts des Gesetzes und alphabetischem Sachreg. — Taschenf. — Eleg. cart. 96 S. M. 0,50

Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich vom 21. Juni 1869 in der Fassung des Reichs-Gesetzes vom 1. Juli 1883 und unter Berücksichtigung der durch die Gesetze vom 8. Dezember 1884, 23. April 1886, 6. Juli 1887 und 1. Juni 1891 eingeführten Änderungen. Mit erläuternden Anmerkungen und alphabetischem Sachregister. Zweite, durch die Ausführungs-Bestimmungen des Bundesraths vermehrte Auflage. — Taschenformat. — Eleg. cart. 806 Seiten. M. 1,—

Verfassung des Deutschen Reichs nebst Wahlgesetz für den Reichstag und Wahlreglement. — Taschenf. — Eleg. cart. 64 S. M. 0,30

Die Invaliditäts- u. Altersversicherung der Arbeiter nach dem Reichs-Gesetz vom 22. Juni 1889 kurz und übersichtlich dargestellt. Zum Handgebrauch für alle bei der Ausführung des Gesetzes Betheiligten. Mit alphabetischem Sachregister und den Uebergangs-Bestimmungen des Gesetzes. 68 S. Brosch. M. 0,25

Das Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland, in ausführlichen Erläuterungen zum Preussischen Vereinsgesetz vom 11. März 1850 und einer Uebersicht des Vereins- und Versammlungsrechts nach den reichsgesetzlichen und landesrechtlichen Vorschriften. Mit einem Anhang, enthaltend: eine Zusammenstellung des Textes der in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Bestimmungen über Vereins- und Versammlungsrecht und alphabetischem Sachregister. VIII u. 210 Seiten, 8°. Preis eleg. geb. M. 2,50 in braunen Bindeband gebunden M. 3,—
Unentbehrlich für die Vorstände der politischen Vereine und Gewerkschaften in allen deutschen Bundesstaaten.

Als Leitfaden für Arbeiter auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts ist folgende Broschüre empfehlenswerth:

Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Versammlungsrechts in Deutschland. Herausgegeben von der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands. 96 Seiten geb. M. 0,30

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Bei Aufträgen von Auswärts eruchen wir höflich um gleichzeitige Einzahlung des dafür entfallenden Betrages. (Posto extra.)

Färberei und chemische Waschanstalt

R. Knapp, Moritzstraße 10,

färbt zu den billigsten Preisen in allen Farben Damenkleider, Mäntel, Herren- Ueberzieher, Röcke, ganz od. getrennt, Bettdecken à Stück 1,25 M. Samml. Herren- und Damengarderobe, sowie Möbelstoffe jeder Art werden chemisch gereinigt. Herren-Anzüge reinigen und bügeln 2,50 M. 4974b*

Jamaica-Rum,

echt u. saq. Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen 10 Pf. billiger. 4413M
Eugen Neumann & Co.,
6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.

Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der seinen Bedarf an **Winter-Paletots,** sowie Anzügen, einzelnen Röcken, Jaquets, Hosen, Westen u. s. w., ferner Stiefeln, Hüte, Wäsche, Betten, gold- und silberne Herren- u. Damen-Uhren, Wäschekessel, Heise- und Holzlocher u. s. w. billig und gut kaufen will, empfehle mein bekanntes reichhaltiges Lager in Alt und Neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.

A. Wergien, Schneidermstr.

und Partiewaarenhändler,
127 Stalitzer-Str. 127
Bestellungen nach Maß werden billig und gut ausgeführt.
Bitte recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. 5055L*

Steppdecken

echt Wollatlas (reine Wolle)
Größe 150 x 200, Stück 7,50 M.
circa 1000 Stück schwere buntfarbige
Normal-Schlafdecken
mit kleinen Maschinenslocken, in reizenden Jacquard-Mustern, Größe 150 x 200 cm.
per Stück 4,50 M. Preis 9 M.
Reine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franko. 3783L*
Steppdecken- Fabrik
Berlin S., Oranienstraße 158.

In der Mäntelfabrik Kurstr. 38, II.

werden jetzt nach beendeter Engros-Saison ca. 1000 Radmäntel, einfache und hochfeine Genres, zu den billigsten Fabrikpreisen im Einzelnen verkauft.

Aug. Krause,

Wienerstr. 13. 5108S*
Blumengeschäft und Kranzbinderei, Vereinskränze mit Widmung billigst.
Freunden und Bekannten empfehle mein Lager in 5177L*

Roh-Tabak

aller in- u. ausländischer Sorten in guter Auswahl zu billigsten Preisen.

H. Herholz

Berlin N., Brunnenstraße 188.

E. Strauss, Schneidermstr.,

Plumensstr. 46, part., empfiehlt sich zur Anfert. eleg. Herren-Garderoben. Für guten Sitz u. saubere Arbeit wird garantiert. Lager v. Stoffen in grosser, geschmackvoller Auswahl. Konstante Zahlungsbedingungen.
Elegante, solide Herrenstoffe, vorzügl. Qual., bedeut. unt. Preis. Kochstr. 49.*